



ZeitenWENDE

Partei-Magazin für Mitglieder und Interessenten



Deutschland schafft sich ab

Eine etwas andere Sichtweise...

Interne Hinweise, Veranstaltungstermine3

Tierrechte und Tierschutz
 Hartz IV-Unterstützung für Tierfutterkosten abgeschafft!4
 Der Irrsinn wird nicht abgeschafft!5
 Ausverkauf jeglicher Humanität5
 Agrarausschuss gegen die Abschaffung von Batteriekäfigen!6
 „Kolateralopfer“ der Religionsfreiheit7
 Das „Botswana-Projekt“ Teil I8
 Mitsubishi Jagd auf den „Ferrari der Meere“ . 9

Politik
 Deutschland schafft sich ab 10
 Die Unersättlichen 12
 Die Schuldenberge wachsen... 13

Umweltschutz
 Laufzeitverlängerung gegen den Willen des Volkes 14
 Naturzerstörung für das Weihnachtsfest . 16

Aktionen im Fokus
 Voller Saal und stehende Ovationen 17
 Rekord in Hannover 19

Lebensstil
 Ein Leben für die Tiere 20
 Und plötzlich war da diese Rasselbande . 21

Essays und Ethik
 Auch die Tiere sind unsere Nächsten... 22

Internes
 Funktionsträger, Kontakt-Adressen, Info-Material 23
 Landesverbände in Aktion 25
 Der 26. Bundesparteitag 28
 „Halbzeit“ für den amtierenden Bundesvorstand 30

Verschiedenes
 Literaturempfehlungen 31
 Restaurantempfehlung, veganes Rezept, Impressum 33
 Leser/innenbriefe 34

Aktuelles in letzter Sekunde
 Aufruf zum Spenden 35
 Positiv-Nachrichten 36



Liebe Mitglieder und Interessenten,

Mit der ZeitenWENDE Nr. 40 feiern wir das 10-jährige Jubiläum unseres Magazins - im Dezember 2000 erschien die erste Ausgabe!

In dieser ZeitenWENDE geht es um die „Abschaffung“ schlechthin: der Stabilität des Euros, der Stierkampf-Subventionen, sozialer Errungenschaften, der Sonderzulagen von Parlamentariern, der letzten Thunfischpopulationen und vieles mehr.

Die einzelnen Beiträge sind nicht geeignet, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken, und als Mitarbeiterin unserer Partei erfahre ich täglich, wie schwierig unsere Arbeit ist. So kommt es vor, dass ich z.B. beim Aktualisieren der Bundeshomepage in der Rubrik „Filmdokumente“ mit Tränen in den Augen am Computer sitze. In solchen Momenten fühle ich mich mit Jane Goodall verbunden, die kürzlich in einem Interview mit der „Freien Presse“ auf die Frage „Wie gehen Sie damit um, wenn Affen nicht artgerecht behandelt werden?“, antwortete: „Auch ich möchte angesichts von Tierquälerei und Kindesmisshandlung manchmal gerne zur Waffe greifen und all diese Leute ausschalten. Zum Glück können wir Menschen diese Aggressionen aber kontrollieren und versuchen, die Dinge auf andere Art und Weise zu lösen.“

Auch wir versuchen die Probleme mit rechtsstaatlichen Mitteln zu lösen, und mir macht die Antwort von Jane Goodall Mut; ich fühle mich bei all jenen Menschen gut aufgehoben, die ähnlich wie sie empfinden und die Wahrheit frei aussprechen.

Trotz aller Skepsis, was die Zukunft betrifft, scheinen unsere Anstrengungen und die vieler anderer aber doch endlich Früchte zu tragen, denn innerhalb der letzten zwölf Monate hat sich ein Wandel vollzogen. Tierschutz ist in der Gesellschaft angekommen - zwar noch nicht auf dem Teller aller Bundesbürger, aber als Gedankenanstoß in den Medien. Von der Presse und vom Fernsehen werden Missstände in der Massentierhaltung mittlerweile ganz offen angesprochen. Meine Tageszeitung, die „Freie Presse“, greift Tierschutzthemen in regelmäßigen Abständen auf. Im Oktober befasste sie sich in einem ganzseitigen Artikel mit der Frage „Kann man Tiere essen?“. Und wissen Sie, wie die Antwort ausfiel? „Würden Vegetarier bisher als Öko-Spinner oder Ernährungs-Anarchisten bespöttelt, setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass der Verzehr von Fleisch zwar legal ist – es jedoch kaum Gründe dafür gibt. Die Thesen der Fleischesser lassen sich leicht widerlegen.“ Auf der Titelseite der „Stern“-Ausgabe Nr. 22 wurde in großen Lettern aufgefordert: „Esst weniger Fleisch!“. In der Ausgabe 47 des gleichen Magazins wurde auf neun Seiten unter dem Titel „Wie Tiere fühlen“ den Lesern erklärt, wie sehr Tiere uns Menschen ähneln, und ihnen nahegelegt, den Umgang mit den Tieren zu überdenken. Auch im „Spiegel“ und etlichen anderen Zeitschriften wie beispielsweise der „Zeit“ und der „Süddeutschen Zeitung“ konnte man ähnliche Plädoyers für einen ethischen Umgang mit den Tieren lesen. In der ARD-Themenwoche „Essen ist Leben“ wurden die Zuschauer mit schockierenden Berichten konfrontiert - über Massentierhaltung, Überfischung der Weltmeere, Welt-hunger und Ressourcenverbrauch für unsere Essgewohnheiten. Zwar wird diese Berichterstattung nicht dazu führen, dass Tierausbeutung und Naturzerstörung verschwinden, aber sie hat die Öffentlichkeit aufgerüttelt. Allein schon deshalb war das Jahr 2010 ein herausragendes Jahr.

Im Namen des Redaktionsteams wünsche ich Ihnen harmonische Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Sabine Jedzig
 Redaktion ZEITENWENDE

Titelbild: © Dejan Jovanovic - Fotolia.com, Fotoquellen S. 2: Sabine Jedzig, abonixpixel.de / AKW-quer © Markus Bartsch



Laufzeitverlängerung
 gegen den Willen
 des Volkes

LV Baden-Württemberg

Monatlicher Gesprächs- und Aktionskreis: Von 18:30 bis 21:00 Uhr im Forum 3 Café (Bücherstüble), Stuttgart, Gymnasiumstr. 19 - 21. Wegen wechselnder Termine bitte bei der Landesgeschäftsstelle (Tel. 07166-1480) oder über www.tierschutzpartei-bw.de anfragen.

LV Bayern

Kontaktmöglichkeit: Christine Engelschall, werktags von 10:00 bis 18:00 Uhr, Tel. 089-2554 8801; E-Mail: christine-engelschall@tierschutzpartei.de.

LV Berlin

Informationstreffen jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr. Ort: Rathaus Wilmerdorf, Fehrbelliner Platz 4, Raum 1141. Weitere Infos über berlin@tierschutzpartei.de.

LV Brandenburg

Kontaktmöglichkeit: Kenneth Ehlers, Tel. 03361-307610; E-Mail: kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de u. Cornelia Margraf, Mobil: 0160 - 6026892; E-Mail: cornelia-margraf@tierschutzpartei.de.

LV Hamburg

Kontaktmöglichkeit: Bettina Jung, Tel. 04165 - 224859; E-Mail: tiertina@aol.com.

LV Hessen

Kontaktmöglichkeit: Volker Arndt, Tel. 06105 - 24621; E-Mail: VA@Tierschutzpartei-Hessen.info.

LV Niedersachsen

Kontaktmöglichkeit: Margret Giese, Tel. 05331-904525; E-Mail: margret-giese@tierschutzpartei.de.

KV Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Kontaktmöglichkeit: Hans-Ulrich Adler, Tel. 04223-2195; E-Mail: ulrich-adler@tierschutzpartei.de.

LV Nordrhein-Westfalen

Kontaktmöglichkeit: Michael Siethoff, Tel. 02371-52330 (werktags ab 20 Uhr); E-Mail: michael-siethoff@tierschutzpartei.de.

LV Rheinland-Pfalz

Kontaktmöglichkeit: Rita Ridinger, Tel. 069-37405351; E-Mail: rita.ridinger@googlemail.com.

LV Saarland

Kontaktmöglichkeit: Stefan Bernhard Eck, Tel. 0681-9403207; E-Mail: stefan-eck@tierschutzpartei.de.

LV Sachsen-Anhalt

Kontaktmöglichkeit: Bettina Fassl, Tel. 0391-56390846; Fax 0391-6077283; E-Mail: bettinafassl@aol.com

LV Sachsen

Informationen über die Geschäftsstelle unter Tel. 034346-61475.

LV Schleswig-Holstein

Kontaktmöglichkeit: Sascha Bose, Tel. 040-53255390; E-Mail: sascha-bose@tierschutzpartei.de.

LV Thüringen

Kontaktmöglichkeit: Harald v. Fehr, Tel. 03621-400766; Fax 03621-506611; E-Mail: harald-von-fehr@tierschutz-union.de, Ansprechpartner im „Netzwerk bundesweiter Tierschutz-Notruf“, Tel. 0700-58585810.

Veranstaltungstermine

Demo zum „Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche“

Anlässlich des „Internationalen Tages zur Abschaffung der Tierversuche“ am 24. April lädt die bundesweite Vereinigung Ärzte gegen Tierversuche zu einer zentralen Veranstaltung in Hamburg ein. Samstag, den 30.04.2011, Gerhart-Hauptmann-Platz in der Hamburger Innenstadt. Infostände von 10:00 bis 17:00 Uhr, Demonstrationenbeginn um 12:00 Uhr. Weitere Informationen unter www.tag-zur-abschaffung-der-tierversuche.de oder per Tel.: 089-35 99 349.

Animal Rights Conference 2011

Vom 19. bis 22. Mai 2011 findet in Luxemburg die „Animal Rights Conference 2011“ statt. Alle Informationen zur Konferenz entnehmen Sie bitte der Homepage: www.ar-conference.com. Ihre Fragen senden Sie an folgende E-Mail-Adresse: info@ar-conference.com.

Kundgebung „Stimme für die Stimmlosen“

Am 07. Mai 2011 findet in Köln von 10:00 bis 17:00 Uhr eine Großkundgebung mit Informationsständen statt. Die Veranstaltung steht unter dem Motto: Mitgefühl und Respekt für die Opfer der Pelz-, Nahrungs-, Vergnügungs- und Pharmaindustrie. Weitere Informationen unter: www.tier-time.de oder kontakt@tier-time.de.

27. Bundesparteitag

Am 16.04.2011 findet in Frankfurt am Main, Musikübungszentrum (MÜZ), Rödelheimer Str. 38, der 27. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz statt. Der Parteitag beginnt um 11:30 Uhr und endet um 18:30 Uhr. Weitere Informationen einschließlich der vorläufigen Tagesordnung erhalten Sie wie immer mit der schriftlichen Einladung. Gäste (vorherige Anmeldung in der Bundesgeschäftsstelle erbeten) sind herzlich willkommen.

In eigener Sache: Aktivist/innen für Landtagswahl in Sachsen-Anhalt gesucht!

Am 20. März 2011 findet die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt statt. Unsere Vorbereitungen laufen schon jetzt auf Hochtouren, aber wir benötigen dabei Ihre Unterstützung! Wir rufen deshalb die Mitglieder des Landesverbandes Sachsen-Anhalt auf, sich an unseren Wahlvorbereitungen zu beteiligen. Interessierte Aktivist/innen melden sich bitte unter Tel. 0391/56390846 oder E-Mail: bettinafassl@aol.com. Unser Leitspruch: „Dauerhafter Erfolg ist nur im Team möglich.“

Boni für Banker, leere Teller für die Tiere

Hartz IV-Unterstützung für Tierfutterkosten

ABGESCHAFFT!

Das Glück ist mit den Gierigen und Starken, nicht mit den Wehrlosen und Schwachen! Die Geldjongleure vieler Investment-Banken haben Milliarden verzockt, für die nun der Steuerzahler aufkommen muss, aber die horrenden Boni-Zahlungen gehen weiter.

Ein Umstand, der vielen Beobachtern die Zornesröte ins Gesicht treibt, da sich mittlerweile herumgesprochen hat, dass die Staatskassen leer sind. Gesprochen hat die Regierung in der Finanzkrise viel. Merkel: „Es ist unverständlich, dass Banken, denen der Staat unter die Arme greift, in vielen Fällen gleichzeitig riesige Bonussummen auszahlen“. Gelernt hat die Regierung aus der Krise nichts! Die marode HRE, nur durch Staatshilfen am Leben gehalten, zahlt 25 Millionen Euro Boni an ihre Banker – quasi mit Erlaubnis der Kanzlerin.

Jetzt werden Arbeitslose, Arbeitnehmer, Rentner und Familien für die Zockerei der Banken zur Kasse gebeten, um aus der Schuldenkrise zu kommen, aber bei ihrer Klientel will die Regierung nicht sparen.

Also packt sie den Sparhammer aus und berechnet den Hartz IV-Regelsatz neu: Ganze 5 Euro mehr als vorher, sodass nun der Hartz IV-Empfänger mit 364 Euro seinen Lebensunterhalt zu bestreiten hat.

Bei der Neuberechnung wurde Geld für Schnittblumen, Gartengeräte, Alkohol, Tabak und sogar Tierfutter gestrichen - das spiegelt die Lebenswirklichkeit wieder, so tönt es aus Berlin. Die Streichung ist in der Tat ein Bild der Wirklichkeit: Tiere rangieren für diese Regierung ganz unten - Wegwerfartikel, unnötige Fresser, Nebensächlichkeiten. Der moralische Niedergang lässt sich nicht mehr verbergen, das Existenzminimum wird berechnet nach dem, was noch vom Kuchen übrig ist, Sozialpolitik nach Kassenlage. Haben Banken und Konzerne – „die Klientel“ - sich satt gefressen an den öffentlichen Geldern, wirft man den schwächsten Gliedern der Gesellschaft noch ein paar Krumen hin, den Tieren verwehrt man sogar diese.

Die Frage sei erlaubt: Ist eine Regierung, die Unterstützung für Tierfutter verweigert, einfach nur sozial inkompetent oder sieht sie eiskalt über die Bedürfnisse von Mensch und Tier hinweg?

Die Folgen, wenn Menschen aus Geldnot ihr geliebtes Tier in ein Heim bringen müssen, sind psychologisch

hinlänglich bekannt - den Regierenden anscheinend nicht! Die Trennung vom eigenen Haustier, das für viele Menschen zum engen Familienmitglied oder einzigem Sozialpartner wurde, wird als großer Verlust empfunden. Stress, Trauer und Schuldgefühle bleiben beim Menschen zurück. Das Risiko zu erkranken – von der Depression bis hin zu organischen Schäden - ist eine erwiesene Tatsache und medizinisch belegt. Dass Tiere Struktur in den Alltag bringen und soziale Kompetenzen fördern, sei nur am Rande erwähnt. Ohne Tier bricht ein Teil des Alltags erst einmal zusammen! Aber auch das Tier leidet sichtbar unter der Trennung: Ernst zu nehmende Anzeichen sind Futterverweigerung, ungewöhnliche Angst oder Aggression und ein Sich-Zurückziehen.

Eine Regierung, die verantwortungslos und kalt die finanzielle Unterstützung für Tierfutter streicht, schadet nicht nur direkt den Beziehern von Hartz IV, sondern sie tritt auch die Verfassung mit Füßen. Der Schutz der Tiere wurde im Grundgesetz in Artikel 20a verankert, was aber bei der Neuberechnung des Hartz IV-Regelsatzes mit der Streichung für Tierfutter anscheinend ausgeblendet wurde. Dass die Tierheime voll sind, kaum noch über Aufnahmekapazitäten verfügen und der Tierheimalltag durch einen extremen Spendenrückgang aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise vom Personal kaum noch bewältigt werden kann, wurde von der Regierung auch nicht berücksichtigt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Ministerin Ursula von der Leyen haben mit der neuen Hartz IV-Regelung ihr gespaltenes Verhältnis zu Haustieren dokumentiert. Wahrscheinlich haben beide auch keine eigenen Tiere - nur so lässt sich ihre Herzlosigkeit erklären.

Sabine Jedzig/Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



EU-Subventionen für den Stierkampf

Der Irrsinn wird



NICHT ABGESCHAFFT!

Die vornehmlich in Südeuropa als „Kulturform“ angesehene Tradition des Stierkampfes stößt Tierschützern schon immer sauer auf. Doch jetzt zeigen sich auch diejenigen Steuerzahler empört, die dem Tierschutz gleichgültig gegenüberstehen.

Die britische Zeitung „Daily Mail Online“ deckte auf, dass die EU jährlich 44,3 Millionen Euro an direkten Subventionen in die blutige Tradition fließen lässt. Allein in Spanien werden für die „corrida de toro“ jährlich 40 000 Stiere gezüchtet und in den Arenen hingemetzelt. Seit der Einführung der EU-Subventionen für den Stierkampf im Jahr 2005 sind bereits 221,5 Millionen Euro an Subventionen für diese Tierquälerei ausgegeben worden.

Insgesamt erhält Spanien 5,15 Milliarden Euro Agrarsubventionen. Wie viel davon indirekt in den Blutsport fließen, lässt sich nicht ausmachen. Die EU hält sich bedeckt, wenn es darum geht, die genaue Verwendung der Mittel zu benennen. Laut der EU-Abgeordneten Kelle beläuft sich der Betrag allerdings auf eine Größenordnung von 600 Millionen Euro pro Jahr, die direkt der Aufrechterhaltung des Stierkampfes dienen - sei es in Form von Tierzucht oder Arenen-Sa-

nierung. Doch den traditionsbewussten Spaniern ist das nicht genug: Sie wollen die Corrida zum europäischen Kulturerbe erklären lassen, um so noch Fördergelder aus dem Kunst- und Kulturfonds abzuzwacken. Auch Michael Jäger, Generalsekretär des Bundes der Steuerzahler Europa (TAE) spricht von „sinnloser Abschachtung der Tiere“ und hält es für „vollkommen untragbar“, dass die Tierquäler hierzu EU-Bürger zahlen lassen. Es scheint fast so, als wüsste die EU nicht, wohin mit ihrem Geld. Gleichzeitig fordern aber die meisten EU-Länder ihre Bürger auf, „den Gürtel enger zu schnallen“. Die Gelder wären allemal sinnvoller investiert, würde man die geistige Umnachtung der zuständigen EU-Politiker damit therapieren...
Sara Kaute

Redaktion ZEITENWENDE

Neue EU-Richtlinie zu Tierversuchen

AUSVERKAUF jeglicher Humanität



Die EU-Tierversuchsrichtlinie, welche die veraltete aus dem Jahr 1986 ersetzt, trat nach 2-jährigen Verhandlungen am 09.11. 2010 in Kraft. Sie regelt die Tierversuche in allen 27 Mitgliedsländern, muss nun in nationales Recht umgesetzt werden und wird in den nächsten Jahrzehnten über Leben und Tod von Millionen von Tieren entscheiden.

Welches sind die wesentlichen Inhalte? Um es kurz zu machen: Von den ohnehin wenigen Verbesserungsvorschlägen des ursprünglichen Kommissionsentwurfs ist nichts übrig geblieben. Das skandalöse Regelwerk trägt von A bis Z die Handschrift der Pro-Tierversuchslobby, in Kumpanei mit „Volksvertretern“, die sich zu willfährigen Handlangern >

machten. Eine schändliche Rolle spielte dabei die Ministerin für Bildung und Forschung, Anette Schavan. Es ist in erster Linie auf sie zurückzuführen, dass sämtliche Experimente – auch an Affen, einschließlich Menschenaffen – zugelassen werden. Einschränkungen, so Schavan, seien mit der grundgesetzlich verbürgten Forschungsfreiheit nicht zu vereinbaren.

In der EU-Tierversuchsrichtlinie ist auch keinerlei Absicht zu erkennen, die überholte tier- und menschenfeindliche Methode Tierversuch zugunsten von tierversuchs-

freien Verfahren aufzugeben. Ein besonders übler Schachzug: Letztere können nicht bei Verfügbarkeit angewendet werden, sondern erst, wenn sie offiziell anerkannt sind, was erfahrungsgemäß viele Jahre dauert. Der Grundlagenforschung – Forschung ohne medizinischen Zweck – sind weiterhin Tür und Tor geöffnet. Versuche werden in drei Schweregrade hinsichtlich der Belastung der betroffenen Tiere eingeteilt; genehmigungspflichtig sind nur Versuche mit dem Grad „schwer“ sowie mit Primaten. Es gibt so gut wie keine rückwirkende Bewertung

von Versuchen und die Ergebnisse werden weitgehend geheim gehalten. Die „Krönung“ des Ganzen ist ein Verbot von national strengeren Regelungen!

Die „Ärzte gegen Tierversuche“ brauchen dringend unsere Unterstützung in ihrem Bemühen, wenigstens geringfügige nationale Verbesserungen – wie derzeit in Großbritannien geplant – von den zuständigen Ministerien einzufordern. Bitte unter www.aerzte-gegen-tierversuche.de informieren!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



Das Leiden der Mastkaninchen geht weiter...

Agrarausschuss **gegen** die Abschaffung von Batteriekäfigen!

Mastkaninchen sind für die „Tierquäler-Parteien“ kein Thema. Deshalb hatte der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck bei einem Gedankenaustausch im Restaurant des Deutschen Bundestages mit der naturschutz- und tierschutzpolitischen Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen, Undine Kurth, darauf gedrängt, im Jahr 2010 nochmals zu versuchen, wie bereits im Mai des Jahres 2009, eine bundeseinheitliche Mastkaninchen-Haltungsverordnung über den Agrarausschuss auf die Wege zu bringen.

Dieser Bitte wurde entsprochen und am 07. Juli 2010 stand das Thema Mastkaninchen erneut auf der Tagesordnung.

Aus diesem Anlass hatte die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu einer Mahnwache vor dem Deutschen Bundestag am Tage der Abstimmung aufgerufen, der knapp über 30 Personen aus unterschiedlichen Organisationen gefolgt waren. Neben Mitgliedern unserer Partei nahmen Vertreter/innen von ödp, Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V., Berlin Vegan, Tierversuchsgegner Berlin-Brandenburg und Deutsches Tierschutzbüro teil. Im Vorfeld der Abstimmung hatte das Tierschutzbündnis „Mastkaninchen, nein danke!“ eine Unterschriftenaktion gegen die tierquälerischen Haltungsbedingungen gestartet und konnte rund 45 000 Unterschriften

einem Vertreter des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überreichen. Alles umsonst!

Die schwarz-gelbe Koalitionsregierung, deren Mitglieder im Agrarausschuss die Mehrheit stellen, zeigte wieder einmal ihr wahres Gesicht. CDU/CSU und FDP lehnten wie ein Jahr zuvor die Vorschläge für eine „artgerechte“ Haltung von Mastkaninchen ab. Hierzu lagen sogar drei Einzelanträge - von Bündnis90/Die Grünen, der SPD und der Partei DIE LINKE - vor. Doch die Koalitionsparteien stellten sich blind und taub und haben nun zu verantworten, dass das Leiden und Sterben der hochsensiblen Tiere weitergeht.

Es zeugt von abgrundtiefer Tierverachtung, da Schwarz-Gelb die vorliegenden Anträge mit fadenscheinigen Begründungen - wie wir später erfuhren - nur deshalb aushebelte, um den Oppositionspar-

teien eine Schlappe zuzufügen. Machtdemonstration und politisches Ränkespiel auf dem Rücken der Tiere!

Mit Merkel und Westerwelle bleibt der Tierschutz auf der Strecke. Beide haben zwar eine demokratische Legitimation, in Berlin zu regieren, ihre fachliche und moralische Legitimation haben sie durch diese und viele andere skandalöse Entscheidungen verloren - man denke an die Laufzeitverlängerung der AKWs, an ihr unsoziales Sparpaket, an die „Gesundheitsreform“ und vieles mehr.

Bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 muss endlich ein Signal gesetzt werden: ein deutlicher Stimmenzuwachs für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz und die Rote Karte für Schwarz-Gelb.

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZEITENWENDE

Schächten in Deutschland

„Kollateralopfer“
der Religionsfreiheit

Noch heute treten Wolfgang Penzler - Parteimitglied seit 2007 und Mitglied im Vorstand des Landesverbandes Hessen - Tränen in die Augen, wenn er auf seine Undercover-Aktion in dem islamischen Schlachthaus von Rüstern Altinküpe im hessischen Aßlar-Werdorf zu sprechen kommt. Er hatte am 15. Mai dieses Jahres als verdeckter Ermittler das rituelle Schlachten von 30 Schafen mit einer Spezial-Kamera im Kopfloch fotografiert.

Penzler, der deutscher Flyweight-Meister im Boxen und 16-facher hessischer Landesmeister war und neben der Bronze-Medaille der Militär-Weltmeisterschaft etliche andere Titeltkämpfe gewann, kann einstecken, doch seitdem plagten ihn schlaflose Nächte.

Um 6:30 Uhr wurden die Schafe mit einem Transporter angeliefert und in das Schlachthaus getrieben. „Dabei sahen mir ein paar Lämmer in die Augen“, berichtet Penzler, „und mir wurde bewusst: Nur der Zufall hat mich zum Menschen und die Lämmer zu Tieren werden lassen. Es hätte auch umgekehrt sein können!“ Das erste Lamm, gefesselt mit zwei Ketten, wurde um 7:00 Uhr geschächtet. „Es war das furchtbarste Erlebnis meines Lebens.“ Nach dem Durchtrennen der Kehle habe es 13 Minuten mit weit aufgerissenen Augen mit den Beinen um sich geschlagen, bis es gestorben sei. „Es war die Hölle auf Erden!“

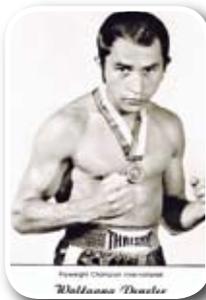
Die Tierschutzorganisation, für die Wolfgang Penzler neben seiner Parteiarbeit ermittelte, stellte Strafanzeige wegen Tierquälerei gegen Altinküpe bei der Staatsanwaltschaft Limburg. Auch die nordhessische Presse berichtete mit mehreren Beiträgen über die mutige Aktion und ging auf das in Deutschland hoch brisante Thema Schächten detailliert ein. Wolfgang Penzlers Aktion beruht nicht auf Islamfeindlichkeit, denn es geht ihm ausschließlich um den Schutz wehrloser

Tiere. Und dafür kämpft unser Parteimitglied genauso entschlossen wie einst im Ring. Es gehört eine Menge Mut und Kraft dazu, als verdeckter Ermittler bei einer derartigen Gewalttat dabei zu sein, um aus Liebe und Verantwortung für die Tiere mit einer solch riskanten Aktion die Bevölkerung wachzurütteln. Aber Penzler ist auch anderweitig aktiv. So schrieb er einige Monate später Bundespräsident Wulf einen Brief, in dem er seine Sichtweise kompromisslos deutlich machte: Betäubungsloses Schächten gehört in Deutschland verboten!

Wenn der Islam zu Deutschland gehört, wie Bundespräsident Wulf kürzlich erklärte, dann muss auch das Thema Schächten, das Muslime und Juden betrifft, in die Integrationsdebatte einfließen. Es wird aber aus Schuldgefühlen im Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit vermieden. Dies ist der wahre Grund, warum es nicht zur Sprache kommt. Laut Bundestierärztekammer werden schätzungsweise 500 000 Schafe jährlich auf diese Weise getötet - ein unglaublicher Skandal, da betäubungsloses Schlachten in Deutschland generell verboten ist. Trotzdem entschied das Bundesverfassungsgericht, dass eine Ausnahmegenehmigung

erteilt werden muss, wenn das Fleisch des geschächteten Tieres von Personen verzehrt wird, denen zwingende religiöse Vorschriften den Verzehr von nicht geschächteten Tieren verbieten. Doch es existieren keine zwingenden Vorschriften, zumindest nicht im Islam. Die Religionsbehörde der Türkei hat eine Fatwa (religiöse Vorschrift) erlassen, die besagt, dass eine Schlachtung mit vorheriger Betäubung nicht gegen den Islam verstößt. Ebenso äußerte sich der Rektor der Al-Azhar-Universität in Kairo, ein bedeutendes Zentrum der islamischen Welt: Eine Betäubung mit Elektroschock vor der Schächtung ist zulässig.

Leider darf nach dem jüdischem Glauben nur koscheres Fleisch verzehrt werden. Und da es aufgrund unserer Vergangenheit nicht möglich ist, sachliche Argumente zum Schächten vorzubringen, ohne dass die Angst mitspielt, als „Nazi“ zu gelten, wird das Leiden der Tiere in Betrieben wie in Aßlar weitergehen. Der Tierschutz ist in unserem Land im Grundgesetz verankert, aber die Umsetzung lässt zu wünschen übrig! Wir werden dies nicht hinnehmen und mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im Jahr 2011 dagegen angehen.



Sabine Pankau/
Stefan Bernhard Eck
Redaktion
ZEITENWENDE

Nachhaltige Entwicklungspolitik

Das „Botswana-Projekt“ Teil 1

Die Entwicklungspolitik Deutschlands und der EU ist fast ausschließlich auf wirtschaftliche Interessen fokussiert. Vorrangiges Ziel einer ethisch orientierten Entwicklungspolitik muss aber die Hilfe zur Selbsthilfe und die Bewahrung der Erde als Heimstatt von Menschen, Tieren und Pflanzen sein.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, denn die europäischen Geberländer verfolgen meistens eigennützige Ziele und verschanzten sich hinter dem Vorwand, bilaterale Verträge einhalten zu müssen, auch wenn diese einem verantwortungsvollen Tierschutz und Umweltschutz extrem zuwiderlaufen.

Ein eklatantes Beispiel für diese verfehlte Entwicklungspolitik liefert Botswana, ein Land im Süden Afrikas mit einer Bevölkerung von rund 1,8 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 582.000 km². Als Vergleich: In Deutschland leben auf einer Fläche von 357.000 km² rund 82 Millionen Menschen. Botswana gehört zu den am dünnsten besiedelten Ländern der Erde. Die Naturschutzgebiete in diesem Land zählen zu den ursprünglichsten Orten des schwarzen Kontinents, in denen

große Wildtierbestände beheimatet sind: Elefanten, Nashörner, Büffel, Giraffen, Antilopen, Zebras, Löwen, Leoparden, Geparde, Wildhunde und viele andere afrikanische Tierarten. Das Okavango-Delta im Norden und die Kalahari im Süden des Landes zählen zu den letzten Naturparadiesen der Erde. Auch leben dort rund 49 000 Angehörige des Volkes der Buschmänner - eine kleinwüchsige Menschenrasse, die, wie viele indigene Völker kurz vor dem Aussterben stehen.

Botswanas Artenreichtum sowie seine Ureinwohner sind heute bedroht, denn in einem verantwortungslosen Streben nach Fortschritt betreibt die dortige Regierung, unterstützt durch die EU, eine Exportorientierte Politik, die keine Rücksicht auf Menschen, Tiere und Umwelt nimmt und die Natur zur Gewinnung neuer landwirtschaftlicher Flächen für die „Nutztier“-Haltung immer mehr zurückdrängt. Der Konflikt zwischen Agrarwirtschaft und Erhalt einer intakten Natur ist aktueller denn je, weil auf Grund bilateraler Handelsabkommen, welche die Rindfleischproduktion noch ankurbeln, eine weitere Ausbreitung landwirtschaftlicher Nutzflächen auf Kosten der stetig sinkenden Populationszahlen einheimischer Wildtiere im Gange ist. Botswana wird im Jahr 2010 geschätzte 5 000 Tonnen Rindfleisch - ein Zuwachs zum Vorjahr von 1900 Tonnen - in die EU exportieren, vor allem nach Deutschland und Großbritannien. Etwa 5

Prozent der gesamten EU-Einfuhrmenge an Rindfleisch stammen mittlerweile aus Botswana, das bereits schon jetzt 60 Prozent des Landes als Weideflächen nutzt, auf denen fast 3 Millionen Rinder grasen. Die Konsequenzen dieser ausufernden landwirtschaftlichen Nutzung sind fatal, und eine ökologische Katastrophe ungeahnten Ausmaßes bahnt sich an, vor der die Brüsseler Bürokraten die Augen verschließen. Nicht genug damit: Um die Übertragung und Ausbreitung von Tierseuchen, vor allem der gefürchteten Maul- und Klauenseuche durch wilde Büffelherden und anderer Huftiere zu verhindern, wurden auf Betreiben der EU - mit Verweis auf die strikten europäischen Sicherheitsauflagen - über 3 000 Kilometer Stacheldrahtzäune quer durch die Weiten Botswanas gezogen. Die Zäune unterbinden die natürlichen Wanderrouten der Wildtiere und werden in Dürreperioden zu tödlichen Fallen. Abertausende wan-



dernder Wildtiere sterben elendiglich jedes Jahr, wenn sie - etwa aus der dünnen Kalahari kommend, wo einstige Seen längst zu Salzpflanzen erstarrt sind - ihre angestammten Weide- und Wasserplätze nicht mehr erreichen können.

Da der größte Teil des Landes, fast 80 Prozent, aus Trockengebieten besteht, hat Botswana im Zuge der Klimaerwärmung auch mit extremen Umweltproblemen zu kämpfen, neben Dürreperioden vor allem mit einer zunehmenden Wüstenbildung.

Der BAK „Nachhaltige Entwicklungspolitik, Artenschutz und Bildung in Entwicklungsländern“ wird sich dieses Problems im Jahr 2011 verstärkt annehmen. Im Teil II dieser Berichterstattung werden wir unsere Leser/innen darüber informieren.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



Artenausrottung für den Profit

Mitsubishis Jagd auf den „Ferrari der Meere“

„Man sagt, die See sei kalt, doch birgt sie heißes Blut in ihren Tiefen“. Wohl auf keinen Fisch lässt sich dieses Zitat von D. H. Lawrence besser anwenden als auf den Roten Thunfisch - auch Blauflossenthun genannt. Denn der große Räuber gehört zu den wenigen Warmblütern unter den Fischen, eine Eigenschaft, die ihn auch zu einem der schnellsten Meeresbewohner macht.

Es war wohl diese Schnelligkeit – Rote Thune erreichen Geschwindigkeiten von bis zu 100 km pro Stunde - die ihm den Beinamen „Ferrari der Meere“ einbrachte. Auch sein Marktwert entspricht dem einer Luxuskarosse. So erzielen stattliche Exemplare auf japanischen Fischauktionen Preise von bis zu 200 000 Dollar! Dass ausgerechnet einer seiner ärgsten Feinde ebenfalls den Namen einer Automobilfirma trägt, wirkt da wie blanke Ironie.

Mit dem Namen Mitsubishi verbindet man bei uns vor allem Autos und Elektrogeräte. Weniger bekannt hingegen ist die unrühmliche Rolle, die laut Berichten von Sea Shepherd der Konzern bei der Ausrottung der letzten Blauflossenthunfisch-Bestände spielen soll. Wie die viel beachtete Dokumentation „The End for the Line“ aufzeigte, ist die Ausrottung des Thunfisches nicht etwa eine unbeabsichtigte Nebenerscheinung, sondern soll erklärtes Ziel der Fischereipolitik Mitsubishis sein! Über die letzten Jahre hat, so wird berichtet, der japanische Industriergigant etwa 70 000 Tonnen Roten Thuns in seinen riesigen Kühlhäusern aufgehäuft. Je seltener der Thunfisch wird, desto höher steigt sein Marktwert, und Mitsubishi soll darauf spekulieren, dass durch die fortschreitende Dezimierung der Bestände der Wert des tiefgefrorenen Thuns immer weiter steigt. So könnten die Thunfisch-Exemplare, die im Verlauf der letzten Jahre in den Lagerhallen Mitsubishis ihre vorläufige Ruhestätte gefunden haben sollen, im Falle der endgültigen Ausrottung ihrer Spezies über Nacht zu



„Eine-Million-Dollar-Fischen“ werden!

Die Folgen des Aussterbens des Roten Thuns wären verheerend. Es drohen der Zusammenbruch der Nahrungsketten im Mittelmeer sowie die Vernichtung der Lebensgrundlage tausender Fischer in den Küstenregionen. Menschen und Tiere sitzen im gleichen Boot. Würde in einer Situation des Schiffbruchs ein einzelner Passagier damit beginnen, große Stücke aus dem Boden des Rettungsbootes herauszusägen, würde mit ihm vermutlich äußerst schnell und konsequent abgerechnet werden. Vermutlich würde man ihn einfach über Bord werfen, da er das Leben aller Passagiere gefährden würde. Überträgt man dieses Beispiel sinngemäß auf Mitsubishi, wartet man vergeblich auf ein solch konsequentes Vorgehen!

Scheint nicht auch gegen einen Konzern, der unser aller Leben durch die Vernichtung vitaler Teile des Ökosystems bedroht, jede er-

denkliche Maßnahme gerechtfertigt? Um die Ausrottung zu stoppen, müsste man nicht einmal zu den legendären Kalaschnikows greifen. Unser Kaufverhalten und unsere demokratischen Rechte reichen aus, um dem Vernichtungsfeldzug gegen den Roten Thun ein Ende zu setzen. Ein groß angelegter Boykott und Proteste gegen Mitsubishi sind, wenn die Berichte zutreffen sollten, das Gebot der Stunde. Dass wir aufhören müssen, Roten Thunfisch zu konsumieren - z.B. als Steak oder Sushi und Sashimi - versteht sich von selbst. Der Schutz der Fischpopulationen muss auf die Agenda aller Parteien! Unsere Regierung hat zwar das internationale Handelsverbot für Roten Thun unterstützt, aber wir brauchen Mut, dies noch aggressiver und konsequenter einzufordern.

Momentan ist die Gefahr größer, dass zukünftige Generationen durch den Zusammenbruch der Ökosysteme ihr Leben verlieren, als durch einen Atomkrieg. Wenn der Staat versagt, müssen wir den Schutz der Natur selbst in die Hände nehmen. Es wird schwer werden und die Zeit drängt; wir dürfen weder unser Phlegma noch unsere Hoffnungslosigkeit pflegen. Denn wie schrieb schon Bertold Brecht: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Schlussendlich lohnt auch der Bezug auf unseren großen Nationaldichter Goethe: „Was immer du tun kannst oder träumst, es tun zu können, fang damit an! Mut hat Genie, Kraft und Zauber in sich.“

Julius Berrien

Redaktion ZEITENWENDE

Eine etwas andere Sichtweise...

Deutschland schafft sich ab

Unsere Republik schafft sich nicht ab, weil - wie etwa Thilo Sarrazin und Horst Seehofer populistisch schwadronieren - die Integration von Bürger/innen mit muslimischem Migrationshintergrund misslingt oder weil Bundespräsident Wulff den Islam kurzerhand zu einem Teil Deutschlands erklärt hat oder die Geburtenrate auf ein historisches Tief gesunken ist.

Deutschland schafft sich ab, weil vor allem in politischer Hinsicht der Rückwärtsgang eingelegt wurde, denn die konservativen Volksparteien, zu denen man ruhigen Gewissens auch die SPD zählen kann, besaßen nicht den Mut, einen grundlegenden Erneuerungsprozess schon vor Jahrzehnten einzuleiten.

Völker in Bewegung: Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Völker und Kulturen schon immer in Bewegung waren. Gerade im Zeitalter zunehmender Globalisierung und Mobilisierung von Menschen, Gütern und Ideen sind Lebensverläufe über nationale Grenzen hinweg längst zur Normalität geworden. Im Jahr 2009 hat der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund erstmals die Zahl von 16 Millionen überschritten, das entspricht 19,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Rund 6,7 Millionen Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit leben in Deutschland. Wenn Kanzlerin Merkel „Multikulti“ für absolut gescheitert, CSU-Chef Seehofer das Multikulti-Konzept

für tot erklärt und beide vielleicht insgeheim von einer homogenen nationalen Gesellschaft träumen, ist es nicht mehr weit bis zur „Apartheidpolitik“ in unserem viel gerühmten Rechtsstaat. Dies ist nicht nur aus humanitären und ethischen Gründen verwerflich, sondern auch ein Zeichen von Realitätsverlust und fehlendem Weitblick, da unser Land aus Gründen der demographischen Entwicklung - Geburten-

rückgang und daraus resultierende Überalterung der Gesellschaft - auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist.

Unbestreitbar existiert ein Integrationsmangel in bestimmten Bevölkerungsgruppen, in der Deutsch trotz langjährigen Aufenthaltes in Deutschland eine Fremdsprache bleibt und eine „Hartz-IV-Karriere“ durch schwerwiegende Bildungsdefizite vorprogrammiert ist. Die pseudowissenschaftlichen Thesen à la Sarrazin - „Dummheit wird vererbt“ - helfen in der Diskussion nicht weiter. Auch der Gedanke, Deutsch als Landessprache in der Verfassung zu verankern, wird nichts verändern, denn was wäre damit erreicht? Würden dann tatsächlich die betroffenen Bevölkerungsgruppen unsere Landessprache schneller erlernen? Dass Integrationsfähigkeit von Bildungsgerechtigkeit abhängt, dürfte unwiderlegbar sein. Ausländische Schüler/innen sind an den Hauptschulen und Förderschulen stark über- und an Realschulen und Gymnasien stark unterrepräsentiert! Das deutsche Bildungssystem trägt somit eine große Mitschuld, wenn bei-



spielsweise türkische Kinder und Jugendliche in ihrer Schattengesellschaft verbleiben, da seit Jahrzehnten die soziokulturelle und wirtschaftliche Benachteiligung nicht kompensiert und damit keine Chancengleichheit für alle geschaffen wurde. Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Bildung, Vernor Munoz, kritisierte bereits im Jahre 2006 in seinem Bericht über Deutschland die mangelnde Integration ausländischer Schüler/innen.

Die Politiker haben jahrzehntlang das Integrationsproblem bagatellisiert oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Nun muss der Staat für seine neuen Bürger/innen tiefer in die Tasche greifen und die Verantwortung für seine Ausländerpolitik übernehmen und handeln. Dabei darf niemand gezwungen werden, sich von seiner in der alten Heimat vorhandenen Lebensweise zu verabschieden, solange er die deutsche Lebensart respektiert und sich an unsere Gesetze hält.

Wirtschaft und Finanzen in Bewegung: Schon Karl Marx wusste, dass das Kapital dorthin geht, wo es den maximalen Profit erwirtschaftet. Die entscheidende Rolle spielt heute der Produktionsfaktor Arbeit, da in unserem Hightech-Zeitalter einem schnellen und billigen Transfer von Waren und Dienstleistungen nichts mehr im Wege steht. Die Folge: Deutsche Unternehmen werden auch weiterhin ihre Produktionsstätten samt innovativer Technik in Billiglohnländer verlagern. Der Kampf um den langfristigen Erhalt unserer Arbeitsplätze ist damit verloren. Noch kann man in einigen Wirtschaftssparten das Lohngefälle durch kostenintensive Produktivitätssteigerungen, die nicht selten mit einem Personalabbau einhergehen, ausgleichen, aber dies wird auf Dauer nicht möglich sein, da China sowie aufstrebende Schwellenländer wie Indien und Brasilien nicht schlafen; sie werden über kurz oder lang jeden Produktivitätsvorsprung aufholen. Zwar fährt die deutsche Wirtschaft zurzeit auf der Überholspur, aber die langfristigen Perspektiven sind alles andere als rosig - nur wagen die politisch Verantwortlichen nicht, dies offen auszusprechen. Die unaufhaltsam fortschreitende Automatisierung und

Globalisierung werden nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch die weiteren Staaten der Europäischen Union „abschaffen“.

Die Schuldenuhr tickt unaufhaltsam: Jede Sekunde nehmen die Schulden um fast 2 600 Euro zu; rund 1 800 Milliarden (1.800.000.000.000 Euro) Schulden hat der deutsche Staat insgesamt angehäuft. Die Netto-Neuverschuldung stieg 2010 auf fast 90 Milliarden Euro, was bedeutet, dass jeder Bürger mit mehr als 1000 Euro neuen Schulden belastet wurde. Im Jahr 2011 wird mit einem Defizit von knapp 50 Milliarden Euro gerechnet - dementsprechend steigt die Prokopf-Verschuldung auf knapp 21 000 Euro an. Im Haushalt 2011 rangiert der Zinsdienst bereits an dritter Stelle. Ohne auch nur einen einzigen Cent seiner Schulden zu tilgen, muss der deutsche Staat im nächsten Jahr 38,1 Milliarden Zinsen für die in Anspruch genommenen Kredite zahlen - Gelder, die vom Steuerzahler durch harte Arbeit erwirtschaftet wurden. In verantwortungsloser Art und Weise haben die wechselnden Regierungen bis heute mehr ausgegeben als eingenommen und hinterlassen den zukünftigen Generationen einen gigantischen Schuldenberg. Ein Vorgeschmack auf die düstere Zukunft: das unsoziale Sparpaket à la Merkel & Westerwelle sowie die „Gesundheitsreform“, die eigentlich nur eine staatlich verordnete Beitragserhöhung und ein Freibrief für die Versicherer ist, den Mitgliedern in die Tasche zu greifen. Unsere Kinder und Kindeskiner werden ein marodes Gemeinwesen vorfinden, das durch riesige Zinslasten bis zur Handlungsunfähigkeit geknebelt ist. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, die ohnehin niemand mehr bezahlen kann. Der Super-Crash - eine Währungsreform oder der totale Staatsbankrott - wird kommen und wäre unsere Republik ein privates Wirtschaftsunternehmen, stünden seine Verantwortlichen schon lange vor Gericht wegen Veruntreuung von Firmengeldern, arglistiger Gläubigertäuschung und Insolvenzverschleppung. Deutschland hat sich, was seine Finanzen betrifft, schon längst abgeschafft - wie viele andere Länder in der Europäischen Union auch.

Politik in Bewegung: Politik ist immer in Bewegung; wechselnde Mehrheiten oder Koalitionen in den Parlamenten sind

so selbstverständlich wie das wechselnde Abstimmungsverhalten der Wähler/innen. Ein daraus resultierender „Schlingerkurs“ eines Landes ist nichts Ungewöhnliches, wenn die große Richtung beibehalten wird. In Deutschland wurde sie beibehalten, aber leider ging's von Anfang an in die falsche Richtung und mit ungetrübtem Stolz konnte man niemals auf unsere Politik blicken. Bis Anfang der 70er Jahre gestattete die Politikerkaste, dass Deutschland von Hitlers Eliten durchfilzt war, die hohe Staatsämter innehatten, in den Chefetagen großer Unternehmen am Wirtschaftswunder verdienten oder dem Rechtsstaat als Richter und Universitätsprofessoren dienen durften. Danach ließ sie es zu, dass die junge Republik immer mehr unter den Einfluss des Großkapitals und mächtiger Konzerne geriet, die sich die Gunst der Parteien und Regierenden erkaufte - durch entsprechendes Beraterhonorar, verdeckte und offene Spenden sowie durch hoch bezahlte Vorstandspositionen für die Zeit nach der politischen Karriere. Die Demokratie verkam schrittweise zur Lobbykratie - ein schleichernder Prozess der Entdemokratisierung Deutschlands, an der Schwarz-Gelb und SPD maßgeblich beteiligt waren und sind.

Ein tiefgreifender Einschnitt in die Demokratie unseres Landes war der Aufbau der EU-Diktatur, welche zum Beispiel die Tötung von Menschen im Falle eines Aufruhrs ebenso herzlos und leichtfertig beschloss wie das Verbot nationaler Verbesserungen für Tierversuche und viele Abartigkeiten mehr. Die skrupellose Entscheidung der Merkel-Regierung zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten und die Beschlüsse im Zusammenhang mit der Zwischen- und geplanten Endlagerung von hoch strahlendem Atommüll in Gorleben - gegen den Willen des Volkes - bildete in unserem Land einen vorläufigen Höhepunkt der Entdemokratisierung. Wird die Demokratie abgeschafft, schafft sich auch Deutschland ab - wir sind gerade dabei.

Wir sagen die ungeschminkte Wahrheit, somit haben wir eine etwas andere Sichtweise als Frau Merkel und die Herren Sarrazin und Seehofer.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

So erhält beispielsweise ein Landtagsabgeordneter in NRW 9 633 Euro, ohne Kostenpauschale, in Hessen 6 628 Euro, in Bayern 6 247 Euro, dazu eine Kostenpauschale von 2 950 Euro, in Niedersachsen 5 485 Euro, in Rheinland-Pfalz 5 172 Euro. Eins ist sicher: Vergleicht man die überzogenen Diäten unserer Landtagsabgeordneten mit ihrer politischen Leistungsfähigkeit, so besteht zwischen beidem eine erhebliche Diskrepanz! Aber wir sind ja

zender der CSU in Bayern 2 000 Euro, ein Arbeitskreisleiter der Linken in Sachsen-Anhalt bescheidene 500 Euro. Es fällt beim Vergleich auf, dass vor allem in den Ländern mit „schwarz-gelber Regierung“ die höchsten Zulagen gezahlt werden. Dieser Sachverhalt dürfte auch nicht verwundern, denn Klientel-Politik bedient eben neben der Klientel natürlich auch die eigenen Leute, die nicht selten der Klientel schon angehören oder spätestens nach ih-

Der bekannte Verfassungsrechtler Professor Hans Herbert von Arnim spricht von einem Skandal: „Es geht um viele Millionen, die verfassungswidrig verausgabt werden. Das ist ein krasser Verfassungsbruch in den höchsten deutschen Staatsorganen, den Parlamenten...“

Diese Zulagen entstammen den Budgets der Parteien, die sich maßgeblich durch staatliche Mittel finanzieren. Spenden die Funktionsträger wieder einen Teil ihrer

Verdeckte Sonderzulagen gehören abgeschafft!

Die Unersättlichen

Das schmale Salair unserer sogenannten Volksvertreter/innen in den Landesparlamenten scheint die Herrschaften an den Bettelstab zu treiben, denn sie kommen anscheinend mit ihren Diäten, für die wir Steuerzahler aufkommen müssen, nicht aus.

mittlerweile gewohnt, dass man mit unseren Steuergeldern recht großzügig umgeht...

Wie immer, wenn es um Steuergelder geht, ist Heimlichtuerei angesagt, und erst per Zufall kommen brisante Tatsachen ans Licht. Nach einer kürzlich durchgeführten Umfrage des ARD-Magazins Report Mainz bei 63 Landtagsfraktionen in verschiedenen Bundesländern geben die dort vertretenen Parteien jährlich rund 4,5 Millionen Euro für verdeckte Sonderzulagen an ihre Funktionsträger/innen aus. Kein Wunder, dass die meisten Landtagsfraktionen nicht veröffentlichen, in welcher Höhe Zulagen an ihre einzelnen Funktionsträger ausgezahlt werden, und selbst auf eine Anfrage hin weigern sich viele Fraktionen dreist, diese Zahlen bekannt zu geben. Wer möchte schon den Neid des Wählers auf sich lenken?

Die Höhe der jeweiligen Sonderzahlungen ist von Bundesland zu Bundesland und von Fraktion zu Fraktion verschieden: Ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD in Bayern zum Beispiel erhält zu seinen Diäten zusätzlich 1 900 Euro pro Monat, ein Fraktionsvize der CDU Niedersachsen rund 3 000 Euro, ein Arbeitskreisvorsit-

zender der CSU in Bayern 2 000 Euro, ein Arbeitskreisleiter der Linken in Sachsen-Anhalt bescheidene 500 Euro. Es fällt beim Vergleich auf, dass vor allem in den Ländern mit „schwarz-gelber Regierung“ die höchsten Zulagen gezahlt werden. Dieser Sachverhalt dürfte auch nicht verwundern, denn Klientel-Politik bedient eben neben der Klientel natürlich auch die eigenen Leute, die nicht selten der Klientel schon angehören oder spätestens nach ih-

Sonderzulagen an die Parteien zurück, erhalten diese nochmals den gleichen Betrag an staatlichen Mittel – eine Gans, die goldene Eier legt, wenn man sich das System der Parteienfinanzierung zu Diensten macht. Das Bundesverfassungsgericht hatte diese Zulagen in einem Urteil vom 21. Juli 2000 (Az. 2 BvH 3/91) für verfassungswidrig erklärt, weil sie „gegen die Freiheit des Mandats und den Grundsatz der Gleichbehandlung der Abgeordneten“ verstoßen. Zweifellos ist zu viel Geld für die Gewissensfreiheit der Abgeordneten so schädlich wie eine Flasche Wodka für die Leber – beides macht bekanntlich abhängig!

Was aufgrund der allgemeinen Geheimniskrämerei erst spät herauskam: Die Unersättlichen bedienen sich bereits seit zehn Jahren unerlaubterweise an den Staatsprüfunden – über die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hinweg! Nicht zuletzt der „Selbstbedienungs-laden Abgeordneter“ dürfte seinen Teil zur Politikverdrossenheit vieler Bürgerinnen und Bürger beitragen. Höchste Zeit, dass sich etwas ändert...

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



Schrittweise Abschaffung von Währungsunion und EU

Die Schuldenberge wachsen und wachsen und wachsen...



„Nachhaltiges Wachstum fördern und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorantreiben ist das Ziel des Zukunftspakets der Bundesregierung.“ Dieser Satz entstammt nicht einem Satire-Magazin, sondern steht tatsächlich auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums, in der Dr. Schäuble für seinen Haushaltsplan 2011 kräftig die Werbetrommel rührt. Verständlich, denn der Haushaltsplan ist nicht mehr als ein Offenbarungseid der schwarz-gelben Regierung.

Sparen will Schäuble, denn die gesetzlich festgelegte Schuldenbremse soll bis 2016 erreicht werden - „durch mehr Beschäftigung, geringere Sozialausgaben und steigende Steuereinnahmen“, um den Weg in eine immer höhere Staatsverschuldung zu stoppen.

Der Schwerpunkt der Konsolidierung liegt natürlich auf der Ausgabenseite. Gestrichen wurde kräftig und - wie nicht anders zu erwarten - beim „kleinen Mann“ - das Elterngeld für Hartz IV-Empfänger und der Heizkostenzuschuss. Bei der Konkurrenz der mächtigen AKW-Betreiber, den Unternehmen, die auf erneuerbare Energien setzen, wurden die Subventionen gekürzt. „So stellt die Bundesregierung sicher, dass auch die Wirtschaft im Sinne einer ausgewogenen Lastenverteilung am Paket beteiligt wird“, tönt Schäuble. Da der Sozialbereich immerhin 50 Prozent der gesamten Ausgaben ausmacht, muss nach der Logik von CDU/CSU und FDP auch hier am meisten gespart werden. Es wird deutlich, wo die derzeitige Merkel/Westerwelle-Koalition die Prioritäten setzt: Sozialabbau auf Teufel komm raus.

Die höheren Einnahmen, so erfährt man auf der gleichen Homepage, stammen aus der Einführung einer Luftverkehrssteuer und - solange die Wirtschaft brummt - aus

dem höheren Steueraufkommen. Geplanten Ausgaben von 307,4 Milliarden Euro stehen prognostizierte Einnahmen von 249,9 Milliarden gegenüber. Das macht ein Defizit von 57,5 Milliarden Euro aus. Mittlerweile hat das Finanzministerium aufgrund zu erwartender höherer Steuereinnahmen das Defizit um 10 Milliarden Euro nach unten korrigiert - und rechnet mit einer Netto-Neuverschuldung von rund 50 Milliarden. Also von der sprichwörtlichen schwäbischen Sparsamkeit keine Spur, obwohl diese angesichts der Instabilität des Euros zu wünschen gewesen wäre.

Erschien die europäische Währungszone noch vor einigen Jahren als sicherer Hafen im Sturm, so nehmen die „Fliehkräfte“ inzwischen an ihren Rändern dramatisch zu. Griechenland schlitterte knapp am Staatsbankrott vorbei. Nun steht Irland in den Schlagzeilen. Sein Staatsdefizit hat sich auf 32 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufgebläht, das ist gut zehnmal so viel wie der Stabilitätspakt von Maastricht erlaubt. EU-Ratspräsident Van Rompuy warnt schon vor einem Kollaps der Eurozone.

Bundeskanzlerin Angela Merkel versucht derweil im deutschen Fernsehen, die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und

Bürger zu zerstreuen. „Ich glaube nicht, dass die Euro-Zone gefährdet ist“. Gleichgültig, ob die Kanzlerin oder Van Rompuy näher an der Realität liegen, der Crash wird kommen, denn auch in Portugal, Spanien und Italien sind die Haushaltsdefizite desaströs und die Schuldenberge immens. Der unter den momentanen Bedingungen unaufhaltsame Weg zu weiteren Transferleistungen wird wirtschaftliche, aber auch politische Spannungen erzeugen, die den Bestand des Europakts umso mehr gefährden, je länger das unsolide Wirtschaften einzelner Mitgliedsstaaten weitergeht. Die letzte Bastion zur Rettung des Euros, Deutschland, ist längst gefallen. Die Stunde der Wahrheit wird kommen, und dann steht nicht nur sehr viel Geld, insbesondere das Geld der Steuerzahler und Sparer auf dem Spiel, sondern auch die Europäische Union. Die schrittweise Abschaffung von Währungsunion und EU ist in vollem Gange, nur will das keiner wahrhaben.

In Anlehnung an einen Bestseller von Hoimar von Ditfurth, in dem es um den Untergang unserer Zivilisation ging, bleibt zu sagen: So lasst uns denn eine Goldmünze kaufen, es ist bald so weit...

Stefan Bernhard Eck/ Michael Siethoff
Redaktion ZEITENWENDE

Die Abschaffung der Demokratie geht weiter!

Laufzeitverlängerung gegen den Willen des Volkes



Ende September beschloss der Bundestag unter heftigem Protest aller Oppositionsparteien die Laufzeitverlängerung der AKWs. Der Bundesrat, in dem Schwarz-Gelb derzeit keine Mehrheit hat, soll umgangen werden. Die Regierungskoalition macht damit den von der rot-grünen Vorgängerregierung ausgehandelten „halbseidenen“ Kompromiss zum Atomausstieg bis 2022 nunmehr rückgängig und ruft Narrenfreiheit für die Atombranche aus.

Alle 17 deutschen AKWs, betrieben von den Konzernen E.on, RWE, EnBW und Vattenfall, erhalten eine Laufzeitverlängerung zwischen 8 und 14 Jahren. Dies gilt auch für die maroden AKWs, in denen es zu etlichen Störfällen in der Vergangenheit kam. So soll z. B. das Pannenkraftwerk Krümmel bis 2033 am Netz bleiben. Eingebaut in diesen Plan sind sogar Optionen auf noch längere Laufzeiten, wenn etwa ein Atomkraftwerk vorübergehend wegen Wartungsarbeiten für längere Zeit heruntergefahren wird. Die endgültige Stilllegung kann um diese Ausfallzeiten verlängert werden.

Vor Jahren schon erfanden die AKW-Betreiber und ihre willfährigen Freund/innen in der Politik das Wort „Brückentechnologie“, um den Bürgern mit „Weichspüler-Rhetorik“ Kernenergie schmackhaft zu machen. Angeblich sei diese notwendig, um Zeit zu gewinnen für die Entwicklung und Ausreifung umweltfreundlicher erneuerbarer Energien, damit in Deutschland nicht die Lichter ausgehen. Und wie immer wurde versucht, dem Volk weiszumachen, dass Wachstum und Arbeitsplätze gefährdet seien. Die „Hochrisiko-Zeitbomben“ à la Tschernobyl, die zerstörerischer sein können als alle bisherigen Kriege, werden damit dem Volk als unverzichtbar verkauft und schönegeredet.

Die Propaganda der Atombranche besteht aus einem Geflecht blanker Lügen

und Halbwahrheiten. Eine der größten Lüge betrifft die angebliche Sicherheit bei Terroranschlägen - ein Kapitel für sich, das nun geradezu bagatellisiert wird, obwohl die alten AKWs nicht einmal den Absturz eines Passagierflugzeuges derzeit überstehen würden.

Die Art der Nachrüstung bleibt der Entscheidung der Betreiber überlassen, die dafür zudem eine Frist von 10 Jahren mit der Regierung ausgehandelt haben.

Geradezu ein Skandal: Seit Jahren gibt es weit mehr Störfälle, als der Öffentlichkeit bekannt wurden, denn die Sorge um die Volksgesundheit beschränkt sich bei Merkel & Co. auf Schweinegrippe-Impfungen und Nichtraucherschutz.

Experten und Insider sind schockiert und bezweifeln mittlerweile die Kompetenz der mit der Sicherheit der AKWs betrauten Beamten. Diese wissen oft nicht einmal, welche Technologie in welchem Atomkraftwerk installiert ist. So wurde zum Thema Sicherheit schnell und ohne Sachkenntnis ein Geheimpapier, eine „Bund-Länder-Nachrüstliste“ zusammengeschustert. Nicht einmal die Reaktorsicherheitskommission, die das Bundesumweltministerium sonst in Sicherheitsfragen berät, war in die Verhandlungen und Ausarbeitungen eingebunden - also eine Nacht- und Nebelaktion, bei der Experten gezielt ausgeklammert und ignorante Laien mit der Erstellung der betreffenden

Liste beauftragt wurden! Die Laufzeitverlängerung wurde eiligst abgesegnet, um Kritik und Widerstand von unten aus dem Wege zu gehen: Ein eklatantes Beispiel dafür, dass sich die derzeitige Bundesregierung endgültig als skrupellose Lobbyisten-Marionette erweist und an der Abschaffung demokratischer Spielregeln gezielt arbeitet. Bei der „Finanzkrise“ wurde „nur“ das Geld der Bürger verzockt - jetzt spielt man mit unserem Leben und unserer Gesundheit.

Die angebliche Wirtschaftlichkeit: Ein Segen ist die Laufzeitverlängerung nur für die Konzerne, die damit Milliarden Profite einfahren und durch einen „Geheimvertrag“ vor hohen Belastungen im Falle eines Regierungswechsels geschützt werden. Dass die Verlängerung auch der angeschlagenen Staatskasse zugute kommt und die „Abschöpfung eines Teils der Zusatzgewinne“ der Konzerne für die Förderung regenerativer Energien und die Sanierung von „Asse“ verwendet werden, ist nach allen Erfahrungen nichts mehr als ein schwarz-gelbes Versprechen. Auch mit der „Brennelementesteuer“ will man den maroden Staatshaushalt sanieren. Sechs Jahre lang - von 2011 bis 2016 - sollen die Betreiberkonzerne jährlich 2,3 Milliarden Euro an den Staat abführen. Dass dies nur Wunschträume eines überschuldeten Staates sind, ergibt sich daraus, dass diese Sum-

me nur eine grobe und völlig aus der Luft gegriffene Schätzung ist. Selbst das Finanzministerium rechnet mit weit geringeren Einnahmen, denn die Konzerne können die Milliarden an Kosten für sicherheitstechnische Nachrüstungen als Negativposten in der Bilanz ausweisen und zahlen dementsprechend weniger Steuern. Bekanntlich sind die Finanzjongleure solcher Unternehmen äußerst kreativ.

Zur Beruhigung der Verbraucher wurden während der Verhandlungsphase seitens der Konzerne niedrigere Strompreise versprochen, obwohl schon die nächsten Preissteigerungen in der Schublade lagen. Man konnte sich denken, dass die Atomindustrie die zu erwartenden Belastungen an die Kunden weitergeben würde. Zudem wird Atomstrom von Anfang hoch subventioniert!

Derzeit bezahlen die Bürger über ihre Steuern die Billig-Entsorgung in Morsleben, denn die Atombranche weigert sich, dafür auch nur einen Cent zu zahlen. Darüber hinaus wird die Forschung für diese unzeitgemäße Energieversorgung auch aus Steuermitteln finanziert.

Für rund 50 kommunale Energieversorger sind jetzt sechs Milliarden Euro Ökostrom-Investitionen gefährdet. Wirtschaftlichkeit sieht anders aus!

Altlasten: Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit ist das Problem der Endlagerung nicht gelöst; man hinterlässt damit nachfolgenden Generationen eine nicht absehbare monetäre Belastung in astronomischer Höhe. Weit schlimmer aber sind die Altlasten an hochgiftigem Atom- müll, der weiträumig das Trinkwasser, die Ackerböden und Lebensräume von Mensch und Tier verseuchen - für Zigtausende von Jahren! „Asse“ gammelt weiter

vor sich hin und niemand weiß, wo der dort eingelagerte Atommüll einmal „entsorgt“ werden kann. Es ist nichts weniger als hirnrissig und verantwortungslos, hoch strahlenden Müll weiter zu produzieren!

Die Lüge von der nachhaltigen Technologie: Atomenergie blockiert die Förderung und Nutzung regenerativer Energien. Um die vorgeschriebene Einspeisung von Ökostrom in die Netze scheren sich die Konzerne derzeit einen Dreck, da Ausgleichszahlungen für diese Unterlassung billiger sind als das mit der Ökostrom-Einspeisung verbundene Herunter- und Hochfahren der hoch komplizierten Atom-Meiler.

Unberücksichtigt bleibt auch, dass die weltweiten Uranvorräte nur noch wenige Jahrzehnte reichen. Wenn die erneuerbaren Energien bis dahin nicht ausgebaut sind, könnte die Wirtschaft tatsächlich zusammenbrechen.

Verschwiegen werden auch die Folgen des Uranabbaus für Mensch, Tier und Natur. Ganze Regionen im Umkreis von Uranminen werden verseucht. Die Hauptabbaugebiete liegen in Kanada, Australien, Namibia, Niger und Indien - überwiegend in den angestammten Gebieten indigener Völker, die als billige Arbeitskräfte Gesundheit und Leben riskieren. Die Krebs- und Leukämie-Rate ist dort erschreckend hoch, und laut Insider-Berichten sind bisher Hunderttausende von Todesopfern zu beklagen - unter den Minenarbeitern und auch unter denjenigen, die mit dem strahlenden Erz anderweitig in Berührung gekommen sind.

Dass Atomstrom Emissions-neutral sei, ist ein pures Gerücht; beim Uranabbau werden je nach geologischer Beschaffenheit des Bodens unterschiedlich große Mengen

an klimaschädlichen Emissionen freigesetzt. Die Atomindustrie will uns glauben machen, ohne sie ginge es nicht, aber es ist mehr Strom da, als nachgefragt wird! Seit 2003 produziert Deutschland Überschüsse und exportiert inzwischen - allein in den ersten drei Monaten 2010 - doppelt so viel Energie wie im Inland verbraucht wurde.

Was wird in Deutschland nicht alles abgeschafft: Sicherheit, Gesundheit, die zuverlässige Energieversorgung, die in der Verfassung festgelegten Befugnisse des Bundesrates, ein sinnvoller Umgang mit Steuergeldern und nicht zuletzt die viel gepriesene Demokratie.

Die Widerstandsdemonstrationen gegen die Energiepolitik der Bundesregierung werden inzwischen von einer breiten Bevölkerung getragen - quer durch alle Gruppierungen und Schichten. Vielleicht hat man sich der Zivilcourage der früheren DDR-Bürger erinnert und folgt deren Beispiel mit einer Protestwelle, wie man sie lange nicht mehr in dieser Republik erlebt hat. Das Volk, vor Kurzem noch politikverdrossen und lethargisch, wird mit seinem demokratischen Engagement der Regierung allmählich lästig und bedrohlich, und es sieht fast so aus - man denke an Knüppel, Wasserwerfer und Pfefferspray im Stuttgarter Schlossgarten - als würde die Obrigkeit den mündigen Bürger wegen seiner wiedererwachten politischen Einmischung gerne abschaffen. Vielleicht hat sich ja die vorausschauende Physikerin und Atomkanzlerin Frau Dr. Merkel mit der Laufzeitverlängerung ihrer Lieblingstechnologie für die Jahre nach ihrer politischen Karriere für einen Posten im Aufsichtsrat eines der begünstigten Konzerne qualifiziert...

Franziska Ute Gerhardt
Redaktion ZEITENWENDE



Alle Jahre wieder: „Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum...“

Naturzerstörung für das Weihnachtsfest

Seit 354 n. Chr. wird zu Weihnachten die Geburt Christi mit unterschiedlichen Bräuchen gefeiert, in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert mit dem Austausch von Geschenken und einem mit Kerzen geschmückten Nadelbaum, weil immergrüne Pflanzen schon damals ein Symbol für Lebenskraft waren.

Immer mehr Bundesbürger/innen geben diese Tradition auf; so unterschiedlich sie fühlen und denken, so unterschiedlich sind auch die Gründe für ihre emotionale oder rationale Entscheidung, ohne Tannenbaum das Weihnachtsfest zu feiern.

Auf der einen Seite gibt es Menschen, die mitfühlend sind, egal, ob es dabei um Menschen, Tiere oder Pflanzen geht. Ich habe schon immer auf den traditionellen Weihnachtsbaum verzichtet, da ich als Kind von dem Märchen „Der Tannenbaum“ des dänischen Dichters Hans Christian Andersen regelrecht traumatisiert wurde. Die traurige Kindergeschichte, die aber auch Erwachsenen zu empfehlen ist, ging mir derart unter die Haut, dass ich es seither ablehne, einen Weihnachtsbaum aufzustellen.

Der Autor beschreibt in diesem Märchen aus den „Augen“ eines Tannenbaumes sein Leben und Sterben – der Schmerz, als er gefällt wurde, der Stolz über seine geschmückten Äste und darüber, im Mittelpunkt des

Weihnachtsfestes zu stehen, und sein trauriges Ende – nach kurzer Zeit die Nadeln zu verlieren und auf dem Müll zu landen. Der Naturfreund und Menschenkenner Hans Christian Andersen flocht den Kern der Erzählung - die Naturverletzung und unsere Wegwerf-Mentalität - gefühlvoll in sein Märchen ein. Vor allem für sensible Kinder eine Erfahrung, die nicht ohne Folgen bleibt, wie man an mir sehen kann.

Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die ihre Freizeit nicht für den Kauf und das Schmücken eines Baumes opfern wollen, weil der bekannte Weihnachtsstress kaum noch Zeit dazu lässt und ihnen andere Dinge wichtiger und sinnvoller erscheinen.

Schiebt man die emotionalen Gründe einmal beiseite, die gegen einen Weihnachtsbaum sprechen, dann dürfte schnell klar werden, dass die heutige „Weihnachtsbaum-Produktion“ so viele Schattenseiten hat, dass sie aus ökologischen Gründen nicht vertretbar ist. Laut WWF kaufen die Deutschen jährlich rund 25 Millionen Weihnachtsbäume. Die meisten stammen aus trostlosen Mono-Kulturen, in denen in der Regel die „chemische Keule“ eingesetzt wird: Damit die Bäume schneller wachsen, kommen Herbizide gegen konkurrierende Gräser und Büsche, und Insektizide gegen Käfer und Läuse zum Einsatz. Mit Mineraldünger sorgt man für den gleichmäßigen Wuchs und ein kräftiges Grün der Nadeln. Dass sich diese Form der Waldbewirtschaftung äußerst negativ auf unsere heimische Natur mit ihren vielfältigen Arten aus-

wirkt, ist vorprogrammiert. Davon einmal abgesehen, sind die mit Chemikalien behandelten, schadstoffbelasteten Bäume, die etliche Tage oder sogar Wochen in unseren Wohnungen stehen, nicht unbedingt gesundheitsfördernd.

Bedenklich ist auch, dass für den Anbau von Weihnachtsbäumen eine riesige Waldfläche geopfert wird. Um 28 Millionen weihnachtliche Nadelbäume anzupflanzen, wird eine Fläche von 40 000 ha benötigt. Je nach Betrieb, Pflege und klimatischen Verhältnissen beträgt die durchschnittliche Ausbeute nur zwischen 60 und 70 Prozent der gepflanzten Bäume, der Rest ist „Ausschuss“.

Wer Weihnachten unter einem schadstofffreien und ökologisch verantwortungsvoll produzierten Baum verbringen möchte, dem rät der WWF zum Kauf von Weihnachtsbäumen aus ökologischer Waldnutzung, wie Fichten und Tannen aus heimischem Anbau mit dem FSC-Siegel. Dieses Siegel kennzeichnet Holzprodukte aus nachhaltiger Waldwirtschaft.

Ob ein Baum letztendlich für eine gute Weihnachtsstimmung sorgt, sei dahingestellt. Diese Frage sollte sich jeder selbst beantworten. Eins ist aber sicher: Als Verbraucher tragen wir Verantwortung und entscheiden mit, wie die Welt von morgen aussieht. Gesunde Wälder mit einer Vielzahl von Arten sollten eine höhere Priorität besitzen als antiquierte Traditionen. Die Natur braucht uns nicht, wir aber die Natur...

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE





Ein grandioser Abend mit Captain Paul Watson

Voller Saal und stehende Ovationen

Am 11. September hatte unsere Partei die große Ehre, Captain Paul Watson von der Sea Shepherd Conservation Society, der unserer Einladung nach Deutschland gefolgt war, in Hannover begrüßen zu dürfen. Der Abend mit diesem weltbekannten Meeresschützer im Crowne Plaza Hotel war ein großer Erfolg, der uns auch über die Parteigrenze hinaus bekannt gemacht hat und zweifellos in die Parteigeschichte eingehen wird.

Captain Paul Watson war mit einem Teil seiner Crew am Abend zuvor angereist, sodass der Bundesvorsitzende, Stefan Bernhard Eck, sowie Julius Berrien und Sabine Jedzig die Gelegenheit hatten, sich mit ihm bei einem Abendessen intensiv auszutauschen. Es wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen Sea Shepherd und unserer Partei vereinbart - flankiert durch die von Julius Berrien geführte Kampagne „MOTION FOR THE OCEAN“.

Mehr als 200 Gäste waren angereist, um auf dieser Veranstaltung Captain Watson persönlich kennenzulernen und Back-

groundinformationen aus erster Hand zu erhalten. Der Abend wurde von unserer Bundesschriftführerin Sabine Brigitte Pankau moderiert, welche die Gäste offiziell begrüßte.

Als erster Programmpunkt las der Schauspieler und Dialogregisseur Tobias Meister aus dem Buch „Der Geist in den Wassern – Ein Buch zu Ehren des Bewusstseins der Wale und Delfine“. Tobias Meister ist u. a. bekannt als deutsche Synchronstimme von Brad Pitt, Kiefer Sutherland und Sean Penn. Seine Lesung war

eine wundervolle Einstimmung auf das Thema, die von schönen Bildern von Wale und Delfinen in freier Wildbahn untermalt wurde.

Danach wurde den Sponsoren des Abends offiziell gedankt - den Firmen Davies Film- and Videoproduction, Gotec GmbH und Tojaq GmbH sowie einigen Mitgliedern des Vereins „Natur-ohne-Jagd“, die ihre gesamte Ton-Technik zur Verfügung gestellt hatten.

Im Anschluss daran hielt der Bundesvorsitzende eine provokante und flammende Rede über die Zerstörung der Weltmeere und die Untätigkeit der deutschen Politik in Sachen Meeresschutz. Er machte klar, dass die Konsumenten nicht die alleinige Schuld tragen, sondern vor allem unsere skrupellosen Politiker in Kumpanei mit den Konzernen, die nur auf Profit und Wachstum setzen – egal, wie hoch der Preis ist, den die Natur zu zahlen hat. Die Stimmung im Saal kochte, als Stefan Eck nach diesen Worten sein Jackett ablegte, demonstrativ eine Windjacke mit dem Totenkopf-Emblem von Sea Shepherd anzog und Captain Watson zurief, dass er ein neues Mitglied in seiner Mannschaft habe: den Vorsitzenden der Partei Mensch Umwelt Tierschutz.

Nach seiner Rede betrat dann unter großem Applaus Paul Watson das Rednerpult und begann aus seinem abenteuerlichen Leben zu berichten.

So erfuhren die Gäste, dass er es sich schon mit neun Jahren zur Aufgabe gemacht hatte, die Pfade der Trapper

in der Nähe seines Wohnortes aufzuspüren und die aufgestellten Biberfallen zu vernichten. Dies war der Beginn jener streitbaren Form des Umweltaktivismus, die er später selbst als „aggressive >

**Er will nur eines:
Leben schützen und
erhalten.**



Gewaltlosigkeit“ bezeichnen sollte. Die Tatsache, dass er oft als „Ökoterrorist“ verunglimpft wird, kümmert ihn wenig. Er will nur eines: Leben schützen und erhalten. Deshalb wird auf seinen Schiffen vegan gekocht, unter anderem auch aus Protest, weil fast 50 Prozent des Fischfangs zur Fütterung von Tieren in der Massentierhaltung verwendet wird - ein unglaublicher Raubbau an der Natur!

In seinem Vortrag, der von einer Dolmetscherin und im Verlauf des Abends sehr gekonnt von Julius Berrien übersetzt wurde, berichtete Watson über seine unvergleichliche „Karriere“, die ihn rund um den Erdball führte. Seine Expeditionen gegen illegale Wilderei brachten ihn nach Afrika, in die Antarktis und ins sowjetische Sibirien, das er 1981 bereiste, um Beweise gegen das illegale Walschlachten der Sowjets zu sammeln. „Wir waren damit das erste Kommando seit dem Zweiten Weltkrieg, das in die Sowjetunion eindrang“, so der 60-Jährige mit einer Prise Süffisanz.

Paul Watson legt Wert auf überschaubare Strukturen in seiner Organisation, darauf, dass kein Geld für Werbung und Verwaltung verschwendet wird, sondern nur in direkte Aktionen einfließt. Mit seiner Crew, die grundsätzlich aus internatio-

nen Freiwilligen besteht, habe er bis auf den heutigen Tag 8 Walfangschiffe versenkt und mehrere illegale Fischereifahrzeuge auf hoher See gerammt. Er hob hervor, bei diesen Operationen sei noch nie ein Mensch ernsthaft verletzt worden. Watson und seine Crew üben keine Gewalt aus, aber sie versuchen zu verhindern,

Watson und seine Crew üben keine Gewalt aus.

dass Gewalt gegen Wale, Delfine und andere Meeresbewohner ausgeübt wird. Er erklärte dem applaudierenden Publikum, dass er bis heute in keinem Land für irgendeine Straftat verurteilt worden sei: „1988 bin ich nach Island gefahren, um mich den Behörden wegen des Versenkens ihrer halben Walfangflotte zu stellen. Man hat sich jedoch geweigert, Anklage gegen mich zu erheben. Die Isländer haben verstanden, dass ein Gerichtsverfahren gegen mich auch Islands Walfang in die Öffentlichkeit gerückt hätte. Darauf wollten sie lieber verzichten.“

Er fuhr fort, man müsse aber keine Schiffe rammen, um ein guter Naturschützer zu sein. So wie die Artenvielfalt die Existenz des Lebens auf diesem Planeten sichere, so trage auch die Vielfalt der Talente innerhalb der Umweltbewegung maßgeblich zu deren Erfolg

bei. Als Watson von den dunklen Mächtschaften des Mitsubishi-Konzerns berichtete, der die Ausrottung des Blauflossenthunfisches aus Profitgründen spekulativ vorantreibt, waren der Zorn und die Empörung im Saal fast körperlich zu spüren.

Auch die japanischen Behörden versuchen immer wieder, Paul Watson von seinem Kampf abzuhalten. Er segelte schon unter Flaggen verschiedener Länder, die von der japanischen Regierung unter Druck gesetzt wurden. Nur die niederländische Regierung, so berichtete Watson, ließ sich nicht von den Japanern einschüchtern. Ihre Reaktion: „Wir beziehen unsere Anweisungen nicht aus Tokio!“

Zum Schluss seines Vortrages kam Watson auf die verschiedenen Repressalien bei Reisen ins Ausland zu sprechen, weil er durch Intervention der japanischen Regierung auf die „Blaue Liste“ von Interpol gesetzt wurde. Doch dadurch lasse er sich

Als er das Rednerpult verließ, gab es minutenlange stehende Ovationen.

nicht entmutigen, so der weißbärtige Seebär. „Zu unseren Unterstützern zählen William Shatner, Richard Dean Anderson, Christian Bale und Pierce Brosnan. Somit haben wir Captain Kirk, MacGyver, Batman und James Bond auf unserer Seite. Wie können wir da verlieren?“ Diese Bemerkung wurde mit viel

Gelächter quittiert. Doch auch wenn sein Vortrag sehr humorvoll und interessant war - es gab auch traurige Momente, in denen er von Wälen erzählte, die vor seinen Augen abgeschlachtet wurden und denen er bei ihrem Todeskampf in die Augen sah. Bei dieser Beschreibung bekamen viele Anwesende Tränen in den Augen.

Nach dem Ende seines Vortrages stand Paul Watson noch für Fragen zur Verfügung, was von den Teilnehmern auch genutzt wurde, und eine lebhafte Diskussion kam in Gang. Im Anschluss wurde ihm ein Plakat mit Unterschriften der Gäste übergeben, das der Verein „Natur-ohne-Jagd e.V.“ zur Unterzeichnung vorab ausgelegt hatte. Als er das Rednerpult verließ, gab es vom Publikum minutenlang stehende Ovationen.

Mit einem kurzen Schlusswort bedankte sich der Bundesvorsitzende im Namen der Partei bei Paul Watson und den Gästen. Viele blieben danach noch in der Bar, der Lobby und vor dem Hotel und diskutierten bis Mitternacht über die Machenschaften der Walfangnationen und darüber, was jeder Einzelne dagegen tun kann.

Noch tagelang erhielt die Geschäftsstelle der Partei begeisterte Mails und Anrufe von Besucher/innen unserer Veranstaltung. Ein Erfolg, der nicht zuletzt dem Organisationsteam des „Watson-Events“ zu verdanken ist. So wurde der Kontakt zu Paul Watson über Julius Berrien hergestellt, der ebenfalls Mitglied der Sea Shepherd Deutschland ist. Die Planung des Abends oblag ihm als Kampagnenleiter von „MOTION FOR THE OCEAN“ sowie unserem Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden Margret Giese, unserer Vorstandssekretärin Sabine Jedzig, der stellvertretenden Bundesschriftführerin Barbara Nauheimer, die für die Übersetzerin gesorgt hatte, und Sabine Brigitte Pankau, die für die Gesamtorganisation und die Veranstaltungsräume einschließlich einem veganen Büffet verantwortlich zeichnete.

Der einziger Wermutstropfen war, dass in der Presse keine große Notiz von dieser gelungenen Veranstaltung genommen wurde: Kein Grund, sich dadurch entmutigen zu lassen! Wir werden auch in Zukunft ähnliche „Events“ mit herausragenden Persönlichkeiten aus dem Bereich Tier- und Umweltschutz veranstalten.

Sabine Pankau

Redaktion ZEITENWENDE

Save-Life-Festival

REKORD in Hannover

„Save Life - Go vegan!“ war das Motto des ersten veganen Lifestyle-Festivals in Hannover, das am 04.09.2010 bei strahlendem Sonnenschein stattfand.

Fast jeder Veganer/Vegetarier kennt die „Veggie Street Days“ in Dortmund und Stuttgart. Viele Mitglieder unserer Partei haben an beiden Veranstaltungen teilgenommen, blieben aber „unsichtbar“, da wir als Partei nicht erwünscht sind, weil - nach Meinung der Veranstalter - „die politische Neutralität gewahrt bleiben muss“. Also organisierte ich mit befreundeten Tierschützer/innen das „Save-Life-Festival“, um den veganen Lebensstil in den Norden zu holen und unserer Partei die Möglichkeit zu geben, an einer rein „veganen Veranstaltung“ teilzunehmen.

Ein voller Erfolg: 2500 Menschen kamen nach Hannover, um sich bei den unterschiedlichen Organisationen wie „Natur ohne Jagd“, PETA und VEBU zu informieren. Man konnte die besonderen

Kochkünste von „Vegan-Wonderland“, dem „Kartoffelkasten“, dem „Muffin-Mann“, „Hobelz“ und dem „Royal-Kebab-Haus“ - extra aus München angereist - genießen. Auch der Unterhaltungsfaktor kam nicht zu kurz. Attila Hildmann, bekannt aus „Galileo“ und aus der „PETA-Kochshow“, zauberte zwei schmackhafte Gerichte, wobei ich ihn nach Kräften unterstützte. Das „Save-the-climate-Sandwich“ passte zum eigentlichen Höhepunkt der Veranstaltung, der Aufstellung von 83 Badewannen, die verdeutlichten, wie viel Wasser für ein einziges Kilo Rindfleisch verbraucht wird: 15 500 Liter! An diesem Tag waren viele Parteimitglieder vor Ort, um Informationsmaterial zu verteilen und Aufklärungsgespräche zu führen.

Das „Save-Life-Festival“ soll in den

kommenden Jahren auch in anderen Städten Fuß fassen, und unsere Partei wird mit von der Partie sein, denn gerade auf politischer Ebene müssen Dinge ins Rollen kommen. „Politische Neutralität“ ist, wenn es um Tierschutz und Tierrechte geht, so überflüssig wie diejenigen, die sich dahinter verstecken. *Sabine Pankau*

Redaktion

ZEITENWENDE



Attila Hildmann und Sabine Pankau beim Save-Life-Festival

Nachruf für Frau Dr. phil. Ingeborg Gräßer

Ein Leben für die Tiere

Die engagierte Tierschützerin Frau Dr. Ingeborg Gräßer hatte ihr Leben den Tieren gewidmet. Mit großem persönlichen Einsatz kämpfte sie für den Tierschutz und die Rechte der Tiere.

In diesem Zusammenhang gründete sie mit acht weiteren gleichgesinnten Personen am 13. Februar 1993 in Bonn die erste politische Partei für die Durchsetzung der Tierrechte, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz. Am 21. September 2010 verstarb Frau Dr. Gräßer nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 80 Jahren in Witten.

Frau Ingeborg Gräßer wurde am 08. April 1930 geboren. Bereits im Alter von 16 Jahren machte sie Bekanntschaft mit den Publikationen von Professor Bernhard Grzimek - zunächst über das Buch „Wolf Dschingis“, das sie von ihren Eltern geschenkt bekam, sowie über Sendereihen im Fernsehen, allen voran „Ein Platz für Tiere“. Professor Grzimeks Einstellung zu Tieren beeindruckte sie tief. Bald stand ihr Entschluss fest, in Zukunft für die wehrlosen Tiere zu kämpfen. Ihr Leben hatte sich verändert...

Im Jahre 1980 gründete Frau Dr. Gräßer in Witten eine Jugendgruppe mit dem Ziel, aus Jugendlichen streitbare Tierschützer zu formen, denn sie war der Meinung, dass Jugendliche besonders angesprochen werden müssen, weil sie die kommende Generation sind. Sie hielt Vorträge und nahm an Veranstaltungen und Demonstrationen teil. Sie führte sehr erfolgreich Streitge-

spräche, unter anderem auch im Jahre 1981 mit einem Vertreter der Firma Bayer Leverkusen, Herrn Dr. Meister, der verbale versuchte, Jugendliche in Wuppertal von der Notwendigkeit von Tierversuchen zu überzeugen. Besonders lag ihr am Herzen, Info-Stände abzuhalten, weil sie die Menschen über die allgegenwärtigen Tiermisshandlungen aufklären wollte.

Bei der Gründung unserer Partei im Jahre 1993 wurde Frau Dr. Gräßer als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt, im Jahre 1994 gründete sie mit weiteren Mitgliedern den Landesverband Nordrhein-Westfalen und wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Es lag ihr einerseits nicht, im Rampenlicht zu stehen, andererseits aber war sie

überzeugt, dass nur eine starke politische Kraft Verbesserungen für die Tiere bewirken konnte. Sie nahm an vielen Wahlen teil, sowohl als Kandidatin als auch als aktive Wahlkämpferin, insbesondere mit Info-Ständen, wobei ihr die Gabe zugute kam, auf Menschen zuzugehen, mit den Menschen zu sprechen und erfolgreich mit ihnen zu diskutieren. Ihr Ehemann, Professor Dr. Erich Gräßer, Theologe, der sich bereits seit Jahren wissenschaftlich mit der Albert Schweitzer-Forschung beschäftigt, unterstützte sie nach Kräften. Die ethische Grundlage für den Kampf gegen den Tiermissbrauch war stets die Achtung vor allem Leben.

Im Jahre 1999 war Frau Dr. Gräßer wesentlich an der Gründung der „Hans-Rönn-Stiftung“ für den Tierschutz beteiligt, die jährlich einen ansehnlichen Geldpreis an besonders verdiente Tierschützer/-innen vergibt. Sie war bis zu ihrem Tode Mitglied im Kuratorium dieser Stiftung.

Unsere Partei verdankt Frau Dr. Ingeborg Gräßer viel. Wir danken ihr sehr für ihren Einsatz und ihre selbstlose Hilfsbereitschaft. Wir werden stets ein ehrendes Andenken an diese vorbildliche Tierschützerin bewahren. Ihr Vorbild verpflichtet uns.



Ingeborg und Erich Gräßer 2007 bei der Verleihung des Franziskus-Preises

Jürgen Gerlach



Meerschweinchen bei der Mahlzeit

Und dann kam noch Rooney dazu, ein Meerschweinchen, weil der Zoofachhandel meinte, diese zwei Tiere würden sich wunderbar ergänzen und glücklich miteinander werden. Zumindest durften die beiden oft aus ihrem Käfig - alles andere haben wir damals eigentlich falsch gemacht. Wir beide sind mit sehr viel Unwissenheit aufgewachsen, und viele Menschen haben in Zeiten des Internets leider immer noch keine Ahnung, was Tiere wirklich brauchen, oder es ist ihnen einfach egal.

Im Laufe der letzten 23 Jahre haben wir uns aber intensiv mit den Bedürfnissen unserer Tiere und ihrer Situation in unserer Gesellschaft beschäftigt und sind mittlerweile zu dem Schluss gekommen, dass wir alles anders machen wollen. So pöppeln wir verletzte oder misshandelte Tiere auf, um sie dann an gute, fachkundige „Endplätze“ weiterzuvermitteln. Wir würden auch kein Tier mehr von einem Züchter oder aus dem Fachhandel kaufen; es gibt genug arme Geschöpfe aus Tierheimen oder Notfällen, die ohne unsere Hilfe keine Chance hätten.

Wir haben kürzlich 16 Meerschweinchen bei uns in aller Eile, aber trotzdem sehr gut auf dem halb ausgebauten Dachboden untergebracht, die als Frettchen- oder Schlangenfutter geendet wären. Sie leben sicher nicht absolut artgerecht - denn die freie Natur können wir ihnen nicht bieten - aber sie haben viel Platz, darüber hinaus als soziale Tiere Kontakt zu ihren Artgenossen, bekommen gutes Futter und nicht zuletzt unsere Zuneigung. Dass sie sich wohlfühlen, merkt man, wenn sie fröhlich in ihrem Freilaufgehege „rum-



Unsere Kaninchengehege

Meerschweinchen wollten wir eigentlich nie!

Und plötzlich war da diese Rasselbande

Kurz nachdem ich meine Frau Pimpi kennengelernt hatte, holten wir uns Mickey, ein kleines Zwergkaninchen - natürlich aus dem Zoogeschäft, denn als „Großstädter“ hatten wir absolut keine Ahnung von Tierhaltung.

wuseln“. Vielen Haustieren geht es deutlich schlechter! Auch unsere Kaninchen leben nicht in engen Käfigen, sondern haben große Gehege (ca. 8 bis 10 qm2 Grundfläche pro Gruppe) mit richtiger „Abenteuerlandschaft“, in der sie sich austoben können. Sie bekommen kein getreidehaltiges Futter, das sie nicht brauchen und sie nur fett machen würde, sondern zweimal täglich Grünfutter und duftendes Heu. Zwei unserer 5 Katzen, die bei uns im Haus leben, hätten aufgrund ihrer Verletzungen und Infektionen den Winter draußen auf der Straße sicher nicht überlebt. Die Streunerkatzen, die uns besuchen und auf unserer Terrasse ein warmes Schlafplätzchen vorfinden, haben wir natürlich kastrieren lassen, damit sie nicht noch mehr Nachwuchs produzieren, der von den Bauern in unserer Umgebung ertränkt oder erschlagen wird.

Mein dringender Appell ist, wegzukommen von der Wegwerfgesellschaft, die „Kuscheltiere“ als bloße Ware betrachtet, die nicht mehr als den Anschaffungspreis wert sind. Jedes einzelne Tier hat seine eigene Persönlichkeit und seine Vorlieben - und verdient unseren Respekt. Meine Frau Pimpi, die nebenbei auch in Tierschutzforen (z.B.:

Diese 7 Katzenbabys hätten auch keine Chance gehabt!

und-co.de) aktiv ist, hat beispielsweise vor einiger Zeit einen „Notfellefonds“ ins Leben gerufen, über den sie ehrenamtlich Spenden sammelt. Dieses Geld wird finanziell schlechter gestellten Tierfreunden für Kastrationen, Tierarztbehandlungen o. ä. zur Verfügung gestellt; es hilft einzelnen wehrlosen Geschöpfen und ihren engagierten Besitzern ganz direkt und ohne Abzüge. Dies alles ist natürlich mit sehr großem zeitlichen Aufwand verbunden, und deshalb muss man sich auch gut überlegen, ob man einen solchen Einsatz leisten will und kann. Wir haben uns bewusst für einen Lebensstil entschieden, der von „Hinschaun und Helfen“ geprägt ist, und würden uns einfach nur wünschen, dass immer mehr Menschen ähnlich denken und damit die Welt ein kleines Stückchen besser und humaner machen.

Horst Wester

Redaktion ZEITENWENDE

Reflexionen zum Weihnachtsfest

Auch die Tiere sind unsere Nächsten...

Zum „Fest des Friedens und der Liebe“ verfallen wir - kollektiv und fast zeitgleich - in einen Rausch der Menschlichkeit, des Verstehens, des Miteinanders und des Mitfühlens. Zu keinem Anlass gibt es eine größere Spendenbereitschaft in der Bevölkerung als in der Weihnachtszeit.

Sie ist für mich eine wunderschöne Zeit mit einem tieferen, spirituellen Sinn, aber ich vergesse dabei nicht, dass gerade diese Zeit so viel Leid für unsere Mitgeschöpfe, die Tiere, bedeutet und leider die meisten Menschen sie von ihrem Mitgefühl und ihrer Liebe ausgrenzen!

In unserer ländlichen Umgebung sieht man in jedem zweiten Dorf eine größere oder kleinere Wiese mit Gänsen. Dies ist das schöne Bild der Tierhaltung, das wir normalerweise wahrnehmen. Die dörflich gehaltenen Gänse sind in der „privilegierten Lage“, von Menschen noch als Lebewesen wahrgenommen zu werden – im Gegensatz zu den Millionen ihrer Schwestern und Brüder, die unter furchtbaren Bedingungen in den üblichen Mastanlagen ihr Dasein fristen. Diese Tiere bekommt der „Normal-Konsument“ nie zu Gesicht.

Viele Menschen, die sich über das Dorf-Idyll mit den beeindruckenden Tierherden freuen, wundern sich allen Ernstes, wenn man ein bis zwei Wochen vor dem Weihnachtsfest darauf zu sprechen kommt, dass die Gänse bereits verschwunden sind. Dann werden kindliche Vermutungen laut wie „Ach ja, es wird ja auch langsam zu kalt - sie müssen wohl im Stall sein.“ Ich antworte: „Nein, ihr Lieben, sie sind auf dem Weg zum Schlachthaus, und später landen sie in eurem Backofen!“

Manche Menschen sind tatsächlich über diese unleugbare Tatsache schockiert, weil sie eine Zeit lang diese wundervollen Tiere ins Herz geschlossen hatten,



sei es auch nur als idyllische Ortsbild-Be-reicherung, die zum Besuch und zum Beobachten mit dem Enkelkind an der Hand am Nachmittag einlud. Zuweilen reagieren sie nachdenklich oder sogar erschüttert! Ihr Verhalten verdeutlicht das Verdrängen der grausamen Realität durch eine Form der „emotionalen Bindung“ noch stärker als das „normale Konsumverhalten“. Die wenigsten Menschen nehmen die „Nutztiere“ emotional und mit offenem Herzen wahr.

Aus der Weihnachtsgeschichte erfahren wir, dass einfache Hirten und stellvertretend für die ganze Tierwelt „Ochs und Esel“ als Erste das Kind in einem Stall in Bethlehem begrüßten. An diesem friedlichen Symbol für eine Welt, in der die Tiere - fern von jeder Ausbeutung - als Gefährten des Menschen auftreten, sollten wir uns mit allen Konsequenzen erinnern. Wir feiern das wichtigste Fest einer Religion, die uns in besonderer Weise das Gebot

der Nächstenliebe vermittelt: „Was ihr den Geringsten tut, das tut ihr mir.“ Für die meisten Menschen, die diese Erde in eine Mördergrube verwandelt haben, in der unsere Mitgeschöpfe als „Opfertiere“ für den Alltag und den Festtag missbraucht werden, sind die Tiere sicherlich die Geringsten. Für uns sind sie aber auch unsere Nächsten.

Eine Anekdote, wie Weihnachten wirklich ein „Fest der uneingeschränkten Liebe“ sein kann: Kunden meiner Tierheilpraxis, die meine Einstellung zu den Tieren nach intensiven Diskussionen teilten und danach ihr eigenes Tun und die Konsequenzen hinterfragten, überraschten mich vor Jahren mit einer weihnachtlichen Grußkarte: Sie und ihre Kinder wollten in diesem Jahr - und dann für immer - auf den obligatorischen Gänsebraten verzichten und wünschten sich von mir ein Paar geretteter Gänse. Die beiden sind bis heute bei ihnen und genießen eine nie zuvor er-fahrene Lebensqualität! Nicht jeder von uns hat die räumlichen Möglichkeiten, aber jeder entscheidet täglich, und gerade zum „Fest der Liebe“, wie viel Liebe er wirklich lebt und wie dementsprechend sein Essen aussieht!

Sollten Liebe und Mitgefühl nicht unbedingt „über den Tellerrand“ hinausgehen? Wenn ja, dann muss bildlich und real der Teller frei von Tierleid sein.

In diesem Sinne gesegnete Weihnachten für Mensch UND Tier!
Bettina Jung
 Redaktion ZEITENWENDE

Mitglieder des Bundesvorstandes

Funktion/Aufgaben	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
Vorsitzender <i>Führung, Red. ZEITENWENDE, PR-Arbeit, Finanzausschuss, Programmkommission</i>	Eck, Stefan Bernhard	Preußenstr. 62 66111 Saarbrücken	Tel. 06 81/94 03 207 Fax 06 81/94 03 205	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
Stellvertreterin <i>Redaktion ZEITENWENDE, Presse-Arbeit, Programmkommission</i>	Giese, Margret	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	Tel. 05331/90 45 25 Fax 05331/9 49 50 95	margret-giese@ tierschutzpartei.de
Schatzmeisterin <i>Finanzverwaltung, Finanzausschuss</i>	Engelschall, Christine	Hochbrückenstraße 8 80331 München	Tel. 089/25 54 88 01 Fax 089/25548802	christine-engelschall@ tierschutzpartei.de
Stv. Schatzmeister <i>Mitglieder- und Finanzverwaltung, Parteihandbuch</i>	Holst, Manfred	Postfach 1136 73099 Adelberg	Tel. 07166/1610 Fax 07166/9139030	manfred-holst@ tierschutzpartei.de
Schriftführerin <i>Schriftführung, Parteichronik, Redaktion ZEITENWENDE, Programmkommission</i>	Pankau, Sabine	Husarenstr. 74 38102 Braunschweig	Tel. 0176/35406560 Fax 0531/20854449	sabine-pankau@ tierschutzpartei.de
Stv. Schriftführerin <i>Protokolle, Partei-Chronik, ZEITENWENDE, Pressearbeit</i>	Nauheimer, Barbara	Weinberg 15 82211 Herrsching	Tel. 08152/925326 Fax 08152/925327	barbara_nauheimer@ web.de
Beisitzerin <i>Finanzausschuss, Programmkommission</i>	Thau, Monika	Volmerswertherstr. 386 40221 Düsseldorf	Tel. 02 11/9 02 33 75	monika-thau@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>Redaktion ZEITENWENDE, Presse- und Medienarbeit, Programmkommission</i>	Siethoff, Michael	Rahmenstr. 10 58638 Iserlohn	Tel. 02371/52 330	michael-siethoff@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>Leitung „Aufbau Ost“, AG „Forenarbeit“, Programmkommission</i>	Schuchart, Günter	Schrotebogen 17 39126 Magdeburg	Tel. 0177/3311449	guenterschuchart_ berater@freenet.de
Beisitzer <i>Red. ZEITENWENDE, AG „Strategie PR & Wahlkampf“</i>	Wester, Horst	Hesselbergstraße 13 91725 Ehingen	Tel. 09835/1759 Fax 09835/9779664	westerhorst@aol.com
Beisitzer <i>Programmkommission, AG „Strategie & Wahlkampf“ Parteihandbuch</i>	Arndt, Volker	Ringstraße 2 64546 Mörfelden-Walldorf	Tel. 06105/24621 Fax 06105/24621	VA@Tierschutzpartei- Hessen.info
Beisitzer <i>ZEITENWENDE, „Strategie, PR & Wahlkampf“, Leiter BAK „Schutz der Weltmeere“</i>	Berrien, Julius	Parforceheide 10 14163 Berlin	Mobil 0151/4 01 44 044	julius@crossoft.de
Beisitzerin <i>Programmkommission, ZEITENWENDE, BAK Veganismus, Pressearbeit</i>	Mauler, Ingeborg	Kanalstraße 5 89561 Dischingen	Tel. 07326/921700	ingeborg.mauler@ gmx.de
Beisitzer <i>Programmkommission, ZEITENWENDE</i>	Leideck, Malte	Freudenthalstraße 64 30419 Hannover	Tel. 0511/76 36 33 55 Mobil 0151/18 62 14 22	malti79@gmx.de

Webseiten unserer Partei

Tierschutzpartei/Bundesverband:	www.tierschutzpartei.de
LV Baden-Württemberg:	www.tierschutzpartei-bw.de
LV Hessen:	www.tierschutzpartei-hessen.info
LV Nordrhein-Westfalen:	www.tierschutzpartei-nordrhein-westfalen.de
LV Rheinland-Pfalz:	www.tierschutzpartei-rheinland-pfalz.de
LV Sachsen-Anhalt:	www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de
LV Sachsen:	www.tierschutzpartei-sachsen.de
ZEITENWENDE ONLINE:	www.zeitenwende-online.de



Info-Material

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung über die Bundesgeschäftsstelle.

- | | |
|---|--|
| 1. Grundsatzprogramm | 9. „Agrar-Subventionen“ |
| 2. „Positionen“ - Partei ergreifen, damit die Zukunft eine Chance hat | 10. „Klima“ - Retten, was zu retten ist |
| 3. „Neue Esskultur“ - Mit gutem Gewissen das Festtagsmenü genießen | 11. „Atom“ - Für eine Welt ohne „strahlende Zukunft“ |
| 4. „Tierversuche“ - Kulturschande des 21. Jahrhunderts | 12. „Stierkampf“ - Legalisierte Perversion in Europa |
| 5. „Tierschutz“ - Stark für Tierschutz und Tierrechte | 13. „Pelztiere“ - Fakten, die Sie wissen sollten! |
| 6. Verraten und verkauft: „Mastkaninchen“ | |
| 7. „Deine Stimme den Stimmlosen“ | |
| 8. „Thunfisch“ - Zuerst stirbt das Meer, dann der Mensch | |

Aufnahmeanträge zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder als Download über die Partei-Homepage (www.tierschutzpartei.de/Mitgliedschaft.htm)

Vorsitzende der Landesverbände

Landesverband	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ/Stadt	Straße	Telefon/Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Holst	Ingeborg	73099 Adelberg	Postfach 1136	07166/1480 07166/9139030	ingeborg-holst@tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Engelschall	Christine	80331 München	Hochbrückenstraße 8	089/25548801 089/25548802	christine-engelschall@tierschutzpartei.de
Berlin	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Kalka	Artur	12045 Berlin	Weserstraße 165	030/44650324 03212/1180393	berlin@tierschutzpartei.de
Brandenburg	Vorsitzender	Ehlers	Kenneth	15517 Fürstenwalde	Ebereschenstr. 4	03361/307610	kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de
Brandenburg	Vorsitzende	Margraf	Cornelia	15732 Schulzendorf	Hirsesteig 2	0160/6026842	cornelia-margraf@tierschutzpartei.de
Hamburg	Vorsitzende	Jung	Bettina	21279 Wenzendorf	Am Schulberg 15	04165/224859 04165/224869	tiertina@aol.com
Hessen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Arndt	Volker	64546 Mörfelden-Walldorf	Ringstraße 2	06105/24621 06105/24621	VA@Tierschutzpartei-Hessen.info
Niedersachsen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@tierschutzpartei.de
Nordrhein-Westfalen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Thau	Monika	40221 Düsseldorf	Volmerswertherstraße 386	0211/9023375	monika-thau@tierschutzpartei.de
Rheinland-Pfalz	Vorsitzende	Ridinger	Rita	65936 Frankfurt am Main	Dunantring 59	069/37405351	rita.ridinger@googlemail.com
Saarland	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstr. 62	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@tierschutzpartei.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzsche	Andreas	01909 Großharthau-Schmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzsche@tierschutzpartei.de
Sachsen	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenborner Straße 17	034346/61475	
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Fassl	Josef	39104 Magdeburg	Haeckelstraße 10	0391/56390846 0391/6077283	bettinafassl@aol.com
Schleswig-Holstein	Vorsitzender	Bose	Sascha	21079 Hamburg-Wilstorf	Reeseberg 9		sascha-bose@tierschutzpartei.de
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tüttleber Weg 13	03621/400766 03621/506611	harald-von-fehr@tierschutz-union.de

Informationen zu den Bundesarbeitskreisen sind bei der Bundesgeschäftsstelle zu erhalten.

Bundesschatzmeisterei:

Christine Engelschall
Hochbrückenstraße 8
80331 München
Tel. 089/25548801
Fax 089/25548002
christine-engelschall@tierschutzpartei.de

Landesbank Baden-Württemberg
BLZ: 600 501 01
Konto: 4 286 088

Bundesgeschäftsstelle:

Silvia Kerber
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel. 069/76809659
Fax 069/76809663
bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de
Bürozeiten:
Mo.-Fr. 9:00-13:00 Uhr

Bundesschiedsgericht:

Vorsitzender: Dr. Walter Neussel
Stellv. Vorsitzende: Monika Grieshaber
Beisitzerinnen: Christa Jenke,
Franziska Ute Gerhardt

Mitglieder- und Beitragsverwaltung:

Marita Holst-Gericke
Bühlweg 5, 73614 Schorndorf
Tel. 07181/9943161, Fax 07181/994002
mitgliederverwaltung@tierschutzpartei.de
Bürozeiten: Mo. - Do., 9 - 13 Uhr

Landesverbände in Aktion - Internes näher beleuchtet

Einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände:



Landesverband Baden-Württemberg

In der bundesweit erscheinenden Zeitschrift „Das kleine Licht“ von Ute Langenkamp veröffentlichten wir wieder eine ganzseitige Partei-Werbeanzeige - diesmal zum Thema „Islam-Debatte, Integration und Schächten“. Dies hatte zur Folge, dass ich auch von Tierschutzvereinen um diesen Text für deren Vereinszeitschriften gebeten wurde.

23.10.2010: Beim „Trauerzug für Tiere“ in Stuttgart beteiligten sich auch diesmal wieder mehrere unserer Mitglieder und unterstützten so die Veranstalter „Menschen für Tierrechte“ beim Demozug. Am gleichen Tage hatten wir ein Vorstandstreffen, hauptsächlich zum Thema „Stuttgart 21“. Unser unermüdliches Mitglied Waltraud Steinicke führt laufend Info-Stände in Konstanz und Umgebung durch.

26.10.2010: Ein regionaler TV-Sender im Raum Freiburg interviewte unser Mitglied Ramona Herrmann zum Thema „Vegan – die besseren Menschen?“ Dieses Interview wurde unter www.tv-suedbaden.de online gestellt.

Am 13. November fand unser Landesparteitag in Stuttgart statt, bei dem ein neuer Vorstand gewählt wurde. Als Vorsitzende wurde Ingeborg Holst, als 1. stellv. Vorsitzende Ramona Herrmann, als 2. stellv. Vorsitzende Coryn Weber und als Schatzmeister Manfred Holst gewählt. Beisitzerin bzw. Beisitzer im Landesvorstand sind Christine Renz, Diego De Filippi und Matthias Ebner. Ein ausführlicher Bericht über den Landesparteitag folgt in der kommenden Ausgabe und kann vorab auf den Webseiten des Landesverbandes Baden-Württemberg und des Bundesverbandes eingesehen werden. *(Ingeborg Holst)*



Landesverband Bayern

Seit nunmehr sechs Monate treffen sich interessierte Mitglieder zum monatlich stattfindenden Partei-Stammtisch in München. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen dienen die Treffen der Planung von Aktionen.

Im Juli beispielsweise waren wir in Rosenheim mit einem Info-Stand vertreten, im August beim Münchener Tierheimfest und auf dem Sommerfest von Pro Animale. Wir nahmen an drei Tierrechtsdemonstrationen in der Münchener Innenstadt teil und besuchten mehrmals den Vebu-Stammtisch, um auch dort Kontakte zu knüpfen. Übrigens mit Erfolg: Zwei neue Interessentinnen sind zu uns gestoßen. Auch in anderen baye-



rischen Landesteilen tut sich etwas: Mehrere Mitglieder erhielten Informationsmaterial, um es in Tierheimen, Tierarztpraxen oder anderen geeigneten Standorten auszulegen oder zu verteilen. Einem Parteimitglied wurde ein Info-Stand zur Verfügung gestellt, der vor allem in Passau zum Einsatz kommen soll.

Am 09. Oktober nahmen sechs „MUTige“ an der Anti-Atom-Demonstration in München teil und brachten eine große Zahl unserer Anti-Atom-Faltblätter unter die Leute. *(Barbara Nauheimer)*



Landesverband Berlin

18.09.10: Teilnahme an der Großdemo gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken (mit zwei Mitgliedern aus dem LV Berlin und mit Horst Wester/LV Bayern).

22.10.10: Bei unserem Landesparteitag wurde beschlossen, sowohl an den Abgeordnetenhaus-Wahlen - so heißen in Berlin die Landtagswahlen - am 18. September 2011 als auch an den zeitgleichen Bezirksverordneten-Wahlen in Tempelhof-Schöneberg teilzunehmen. Unsere Kandidat/innen für Tempelhof-Schöneberg sind: 1. Sabrina Bacholke, 2. Bernhard Utzschneider, 3. Martin Schumann und 4. Monika Hensel. Für die Abgeordnetenhaus-Wahlen haben wir als Kandidat/innen aufgestellt: 1. Sabrina Bacholke, 2. Bernhard Utzschneider, 3. Artur Kalka und 4. Uwe Gorski.

30.10.10: Unser Vorstandsmitglied Uwe Gorski nahm am 3. Berliner Tierschutztag teil, der vom Berliner Tierschutzbeauftragten organisiert wurde.

05.11.10: Startschuss zum Sammeln der 2 500 benötigten Unterstützungsunterschriften. Zuerst wurden natürlich unsere Mitglieder angeschrieben. Nun geht das Sammeln wetterunabhängig weiter, z.B. vor Bioläden und in Veggie-Restaurants - in Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Formulare für Unterstützungsunterschriften können Sie beim LV Berlin unter 030-6257016 (Bernhard Utzschneider) oder unter b.utzschneider@gmx.de anfordern.

28.11.10: Info-Stand vor dem Tierheim Berlin-Falkenberg anlässlich des „Advent im Tierheim“. *(Artur Kalka)*



Landesverband Brandenburg

Am 21. August 2010 beteiligten sich Conny und Jörg Margraf vom Landesverband Brandenburg mit einem Info-Stand beim diesjährigen vegan-vegetarischen Sommerfest in Berlin, das von der Initiative „Berlin Vegan“ ausgerichtet wurde. Daneben bemühte sich unser Vorstand, neue Mitglieder für unsere Partei zu werben. Gleichzeitig waren alle Vorstandsmitglieder mit den Vorarbeiten an der zukünftigen Internetpräsenz des Landesverbandes beschäftigt. *(Kenneth Ehlers)*



Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein

Nach der Neuwahl der beiden Landesvorstände für Hamburg und Schleswig-Holstein Ende August haben die beiden Landesverbände in enger Kooperation erste und wichtige Schritte zur Strukturierung und Organisation der Parteiarbeit unternommen. Dabei finden zum Austausch regelmäßig persönliche Treffen und Telefonkonferenzen statt. Eine erste Partei-Aktion war ein Informationsstand auf der Benefiz-Veranstaltung „Step4kids“ in Uetersen/Heist, bei der gemeinschaftlich die Ziele und Aufgaben der Partei vertreten wurden.



Ebenso fand eine Teilnahme an der Demonstration „Gerecht geht anders“ in der Hamburger Innenstadt statt. Parallel erfolgten erste Arbeiten im Bereich Presse und Kontaktaufnahmen zur ödp, den Grünen, Greenpeace, Lobby pro Tier, Ärzte gegen Tierversuche und anderen Organisationen.

Aktuell wird aufgrund der Ereignisse in Schleswig-Holstein unter der Führung von Sascha Bose an einer „Anti-Pelz-Kampagne“ gearbeitet. Die Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein planen weiterhin eine enge Zusammenarbeit, um Synergien effektiv nutzen und sich gegenseitig unterstützen zu können. *(Natalie Vesper)*



Landesverband Hessen

Am 21.08.2010 nahmen mehrere Mitglieder des LV Hessen im Frankfurter Wahlkreis von Erika Steinbach und Dr. Matthias Zimmer an einer - von „campact.de“ organisierten - Demonstration gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten teil.

Einige Mitglieder erklärten sich durch ihre Teilnahme an Spontandemonstrationen vor den Bahnhöfen von Stuttgart und Wiesbaden mit den friedlich demonstrierenden Bürgern in Stuttgart solidarisch. Der lautstarke Protest der Demonstrant/innen richtete sich gegen die brutale Vorgehensweise der Polizei im Stuttgarter Schlossgarten.



Am 26.08.2010 nahmen mehrere Mitglieder an einer sehr informativen Veranstaltung im Wiesbadener Landtag zum Thema „Vom Wesenstest zur Halterschule“ teil, die sich an alle Bürger/innen wandte, denen insbesondere die sog. Hunde-Gefahrenabwehrverordnung ein Dorn im Auge ist. Grundsätzliche Kritik wird an der

Erstellung von Rasselisten geübt, in denen ein enger Zusammenhang von Rasse und Verhalten der Hunde hergestellt wird. Zwei renommierte Verhaltensforscher hielten Vorträge: der Zoologe Prof. Dr. Udo Gansloßer sprach zum Thema „Methodenkritik der derzeitigen Wesenstests für Hunde“, der Verhaltensforscher Günther Bloch zum Thema „Verantwortung der Hundebesitzer im öffentlichen Raum“.

Vorstandswahl am 27. November: Volker Arndt (Landesvorsitzender), Reinhard Kölsch (1. stellv. Landesvorsitzender), Erna Mayer (2. stellv. Landesvorsitzende), Friederike Prüll (Landesschatzmeisterin), Birgit Beciri (stellv. Landesschatzmeisterin), Jürgen Gerlach (Schriftführer), 7 Beisitzer/innen: Margitta Marcian, Katharina Loibl, Sigrid Wellmann, André Schamsai, Wolfgang Penzler, Herbert Schröder, Diethelm Wenz. *(Christa Rust)*



Landesverband Niedersachsen

Am 04.09. fand in Hannover eine Aktion statt, die von der stellv. Landesvorsitzenden Sabine-Britigge Pankau mit organisiert wurde und alle Rekorde sprengte: Zum „Save-Life-Festival“, dem ersten veganen „Life-Style-Festival“ in Norddeutschland, kamen rund 2500 Besucher.

Am 01. Oktober, dem Weltvegetariertag, stellten sich verschiedene Vereine mit uns zusammen in Braunschweig bei einer Info-Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern vor. Wir boten den Besuchern veganes Chili und veganen Kuchen an und konnten ihnen damit diese Ernährungsweise „schmackhaft“ machen.

Am 05.10. nahm Sabine Pankau an der „Grabsteinlegung“ vor dem Gelände der Tierversuchsanlage von Boehringer/Ingelheim in Hannover teil, an dem verschiedene Tierschutzgruppen der Tiere gedachten, die dort in Zukunft für eine fragwürdige Forschung sterben werden.

Am 23.10. beteiligten sich Sabine Pankau und Danny Picken an der Aktion „Braunschweig-pelzfrei“, die dort zum ersten Mal stattfand.

Anlässlich des Weltvegantages, bei dem auch wieder vegane Köstlichkeiten den Passanten angeboten wurden, verteilten Parteimitglieder zusammen mit dem Verein „Tier-Time e.V.“ und Braunschweig-vegan am 30.10. und 01.11. in der Braunschweiger Innenstadt Info-Material.



Die Vorsitzende, Margret Giese, besuchte am 26. und 27. 10. das „Institut für angewandte Zellkultur, Dr. Toni Lindl GmbH“ in München sowie die „Akademie für Tierschutz“ im bayerischen Neuburg. Beiden Instituten geht es um die Erforschung tierversuchsfreier Methoden. Die dort gesammelten Informationen werden in absehbarer Zeit publiziert.

In der voll besetzten Wolfenbütteler „Lindenhalle“ trat am 05. 11. Hagen Rether auf - ein von Tierschützern und Tierrechtlern sehr geschätzter Ausnahme-Kabarettist. Margret Giese nutzte die Gelegenheit, ihm während der Autogramm-Stunde mehrere Falt-

blätter der Partei zu überreichen. Erfreut nahm er zur Kenntnis, dass es unsere Partei gibt und dass sie eine empfehlenswerte Alternative zu den „Etablierten“ darstellt.

Am 07.11. fand in Braunschweig der diesjährige Landesparteitag des LV Niedersachsen statt.

Am 27. 11. fand in Hannover der erste vegane Weihnachtsmarkt statt, der von der stellv. Vorsitzenden Sabine Brigitte Pankau gemeinsam mit anderen Mitgliedern von „Tierrecht Hannover“ organisiert worden war. Bei schönem Winterwetter fanden sich über 1000 Besucher/innen ein, die sich über ein echtes Fest der Liebe freuten, sich an 20 Ständen informierten und mit veganem Essen versorgten.

01.12.: Mit Transparenten nahm Margret Giese teil an der Übergabe von 2000 Einwendungen gegen eine geplante „Hähnchen“-Mastanlage (80 000 Tiere) an den zuständigen Landrat.

(Sabine Pankau/Margret Giese)

Kreisverband Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Am 05. September war unser Kreisverband beim Bürgerfest in Hude erstmals mit einem Infostand vertreten. Mehrere Tausend Besucher fanden sich bei gutem Wetter beim verkaufsoffenen Sonntag mit Flohmarkt und vielen Unterhaltungsmöglichkeiten ein, um sich auch an den zahlreichen Ständen von Vereinen und Parteien zu informieren. Unser Stand war von allen Seiten für die flanierenden Festbesucher gut einsehbar. Wir konnten interessante Kontakte knüpfen und wollen uns auch im Jahr 2011 wieder dort präsentieren.

Zur Mahnwache am 10. November in Hannover vor dem Landwirtschaftsministerium fanden sich zwei Mitglieder unseres Kreisverbandes ein, um mit weiteren Parteimitgliedern gegen die unheilvolle Politik von Ministerin Grottelüschen - vor allem hinsichtlich der Massentierhaltung - Stellung zu beziehen.



(Hans-Ulrich Adler)



Landesverband Nordrhein-Westfalen

Vor der Wahl hatten SPD und Grüne versprochen, im Bereich Tierschutzpolitik aktiv zu werden. In den ersten 100 Tagen ihres Minderheitskabinetts sieht man davon leider nicht viel. Um sie an ihr Versprechen bezüglich Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände zu erinnern, schrieben wir einen Offenen Brief, den 970 Bürger/innen mit ihrer Unterschrift unterstützten. Vielleicht erinnern sich die Regierungsparteien in Düsseldorf nun an ihr „Geschwätz von gestern“ ...

Darüber hinaus waren wir mit Info-Ständen in Essen, Münster, Iserlohn und Düsseldorf aktiv, haben Tierschutz- und Tierrechts-

demonstrationen in Duisburg, Essen und Düsseldorf unterstützt sowie eine Kampagne zum Thema „Katzen-Kastrationspflicht“ gestartet.

Vom 10. bis 12. Dezember nahmen wir am diesjährigen Weihnachtsmarkt im sauerländischen Iserlohn mit einem eigenen Stand teil, bei dem wir den Besucher/innen veganen Eintopf, Basteien und Cocktails für einen guten Zweck feilboten.

(Michael Siethoff)



Landesverband Rheinland-Pfalz

Am 02. und 03.10.2010 waren „pro iure animalis“, „Natur ohne Jagd e.V.“ und der LV Rheinland-Pfalz der Partei Mensch Umwelt Tierschutz gemeinsam in Aktion, um sich Seite an Seite für die Rechte der Tiere einzusetzen. Am ersten Aktionstag, zu dem der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck und der stellv. Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Udo Dautermann, angereist waren, nutzte man die Gelegenheit, in Landau Unterstützungsunterschriften für die anstehende Landtagswahl zu sammeln.

Am zweiten Aktionstag demonstrierten Udo Dautermann, Stefan Bernhard Eck und die hessischen Parteimitglieder Christine Conrad und René Hartje vor dem Linslerhof im saarländischen Überherrn anlässlich der „Jagd- und Naturtage“. Sie verteilten an die rund tausend Besucher hunderte von Antijagd-Faltblättern, Tierschutz- und Parteibroschüren.

(Udo Dautermann)

Am 06.11.2010 haben Mitglieder des Landesverbandes Rheinland-Pfalz und der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck an der Mahnwache anlässlich der Hubertusmesse vor dem Mainzer Dom demonstriert, die von „Pro iure animalis“ und



„Natur ohne Jagd“ organisiert wurde. Besonders beeindruckend war das professionelle und öffentlichkeitswirksame Equipment der beiden Organisationen. Bei der Mahnwache konnten viele Passanten von der beschämenden Taktik der Hubertusmesse überzeugt werden. Zuvor hatte der Landesverband Rheinland-Pfalz in der Mainzer Innenstadt mit einem Infostand Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl 2011 gesammelt.

(Renate Kochenrath)



Landesverband Sachsen-Anhalt

In den letzten Monaten organisierten Mitglieder unseres Landesverbandes Veranstaltungen, die wir jeweils zu Vorbereitungen für die Landtagswahl nutzten: bei Christine Brill in Eisleben, Annelies Schernikau in Arendsee und Angela Jackowski auf dem Pferdeschutzhof in Cobbel. Anlässlich seines 20-jährigen Jubiläums lud der BUND in Sachsen-Anhalt unseren Landesverband zu einer Festveranstaltung am 04.09.2010 ein, an der auch der >

Bundesvorsitzende teilnahm.

Der Landesparteitag am 05.09.2010, zu dem wir als Gäste Stefan Eck und Kenneth Ehlers vom LV Brandenburg begrüßen konnten, stand ganz unter dem Vorzeichen der Landtagswahl. Die Mitglieder beschlossen das Wahlprogramm und stellten die Kandidat/innen auf – bewährte Tierschützer/innen aus ganz Sachsen-Anhalt. Wir nahmen an einer Menschenkette rund um den Magdeburger Dom teil, weil der Kirchenrat unseren Domprediger Giselher Quast, der sich in den letzten Jahren zunehmend auch tierschutzrelevanter Themen angenommen hatte, unter – wie sich inzwischen herausstellte – fadenscheinigen Gründen einfach wegmobben wollte. Landesvorsitzender Josef Fassl wurde von Schönebecker Tier- bzw. Naturschutzvereinen zu Vorträgen eingeladen. Das von Bettina Fassl parteiunabhängig mit initiierte Bürgerbegehren zum umstrittenen Nachbau einer Kirche war erfolgreich. Die erforderlichen 10 000 Unterschriften wurden weit übertroffen - mehr als 16 000 Unterschriften wahlberechtigter Magdeburger/innen konnten eingereicht werden. Voraussichtlich wird der so erzwungene Bürgerentscheid zeitgleich mit der Landtagswahl am 20.03.2011 durchgeführt.

Im Oktober nahmen Andreas Döring, Nancy Streit und Josef Fassl an der dreitägigen Anhörung des Landesverwaltungsamtes zu den Einwendungen gegen die geplante Schweinemastanlage in Zerbst teil. Daneben konnten wir wieder gute Presseartikel platzieren, u. a. zur aktuellen Kampfhundediskussion und zur Tötung dreier Bären in der Altmark, was für eine zunehmende Akzeptanz unserer Partei in der Medienlandschaft spricht. Aktuell sind die meisten unserer Mitglieder unterwegs, um Unterstützungsunterschriften zu sammeln, damit wir an der Landtagswahl teilnehmen können.

(Bettina Fassl)



Landesverband Thüringen

Am 18. 09. 2010 nahmen wir am Tierschutztag in Kassel teil, der von „Natur ohne Jagd“ organisiert wurde.

Beim Veterinäramt in Eisenach beklagten wir uns über die unsinnigen Auflagen bei der Erteilung einer Tierpensions-Erlaubnis, beim Ordnungsamt Eisenach wegen der übertriebenen Auflagen bezüglich der Hundehaltung eines unserer Mitglieder. Es wurden Leserbriefe an den Kölner Stadtanzeiger und an die Thüringer Landeszeitung geschrieben, in denen wir uns gegen die Wildtierhaltung im Zirkus wandten. In mehreren Eingaben an Zeitungen prangerten wir das tierfeindliche Verhalten etlicher Zeitgenossen an, und wir beschwerten uns bei verschiedenen Großmärkten über das dortige Angebot von „Insektenvernichtern“. Erneut kam es zu Auseinandersetzungen mit Justizbehörden in insgesamt 6 Städten, die ihren gesetzlichen Pflichten hinsichtlich Tierschutz nicht nachkamen. Unser Vorgehen brachte uns einen Strafbefehl der Staatsanwaltschaft von Erfurt ein, wodurch wir uns aber nicht einschüchtern lassen.

Dies war nur ein kurzer Abriss unserer vielfältigen Arbeiten der vergangenen Monate.

(Harald von Fehr)

Den Anfang machte die Vorführung des synchronisierten Films „MEAT THE TRUTH“, der über die gravierenden Folgen des Fleischkonsums für das Klima aufklärt.

Im Bericht des Vorsitzenden, Stefan Bernhard Eck, zur Lage der Partei erfuhr man von einigen wichtigen Meilensteinen, welche uns wieder ein Stück vorangebracht haben: die Wahlen der Landesverbände Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein, die Optimierung der Außendarstellung unserer Partei durch die Anschaffung attraktiver Info-Stände, Transparente, T-Shirts und die Ausarbeitung einer Vielzahl von Faltblättern zu unterschiedlichen Partei-relevanten Themen, die Qualität unseres Parteimagazins ZeitenWENDE sowie die erfreuliche Entwicklung der Bundeshomepage, die bei Google in manchen Bundesländern bereits unter den Tops auf der ersten Seite unter dem Suchbegriff Tierschutz zu finden ist. In seinem Bericht wurde auch die herausragende Veranstaltung am 11. September in Hannover mit dem weltbekannten Umweltaktivisten Captain Paul Watson erwähnt, die - neben unserer Bodensee-Aktion im Zusammenhang mit der Ausrottung des Thunfisches - den diesjährigen Höhepunkt der Kampagne „MOTION FOR THE OCEAN“ darstellte.

Ein weiteres Thema waren die Bundesarbeitskreise, von denen, wie oben beschrieben, der BAK Meeresschutz besonders aktiv war. Die Gründung eines neuen Bundesarbeitskreises mit dem Titel „Nachhaltige Entwicklungspolitik, Artenschutz und Bildung in Entwicklungsländern“ fand allgemeine Zustimmung, nachdem - am Beispiel Botswana - überzeugend dargestellt worden war, dass man die ausgebeuteten „Dritte-Welt-Länder“ mit einer ganz neuen Art von Entwicklungspolitik unterstützen müsse, in deren Fokus auch Tier- und Umweltschutz stehen. Lobend erwähnt wurde auch die Teilnahme von Parteimitgliedern an zahlreichen Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet.

Ein anderer Schwerpunkt waren die im nächsten Jahr anstehenden Landtagswahlen, an denen voraussichtlich nur die Landesverbände Sachsen-Anhalt und Berlin teilnehmen werden. Der Landesverband Baden-Württemberg kann aus Gründen der unerschämten hohen Hürden für die Wahlzulassung an der Landtagswahl nicht teilnehmen; es gibt keine Landesliste wie in anderen Bundesländern. Mindestens 10 500 Unterstützerunterschriften müssten demzufolge für die 70 Wahlkreise gesammelt werden. Man sieht: Ein Bundesland, das über 50 Jahre ununterbrochen politisch durch eine schwarze Vorherrschaft geprägt ist, hinkt gewaltig hinterher, was Demokratie anbetrifft.

Etliche Gäste waren diesmal zu unserem Bundesparteitag gekommen – darunter auch Uta Maria Jürgens, die Leiterin des Arbeitskreises Tierschutz, Landwirtschaft und Gentechnik der ödp, mit der unser Bundesvorsitzender einen konstruktiven Gedankenaustausch führte. Natürlich wurde auch wieder für das leibliche Wohl gesorgt - mit einer großen Auswahl an veganen Köstlichkeiten, die wie immer viel Zuspruch bei den anwesenden Parteimitgliedern fanden.

Dieser Parteitag, der mehr Zeit für Gespräche im Plenum bot, hat zweifellos den Zusammenhalt der Mitglieder gefördert - ein gutes Omen für den Frühjahrsparteitag, bei dem ganz sicher die Parteiarbeit mit Anträgen, Sachfragen und Diskussionen wieder im Vordergrund stehen wird. Aber ein besonderer Höhepunkt kann schon jetzt versprochen werden: die Verleihung der „MUT-Medaille“ an eine Person, die sich in aufopferungsvoller Weise um das Wohl der Tiere verdient gemacht hat. Halten Sie am besten gleich diesen Termin in Ihrem Kalender fest!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE

26. Bundesparteitag am 16. Oktober 2010 in Frankfurt am Main

Viel Freiraum für persönliche Gespräche

Bei den letzten Bundesparteitagen war in mehrfacher Hinsicht viel Arbeit zu erledigen und es war nicht leicht, das „Timing“ immer einzuhalten. So war es nur zu verständlich, dass von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert wurde, auch einmal einen „entspannteren“ Parteitag zu erleben, der persönlichen Gesprächen mehr Raum lässt. Dem wurde diesmal Rechnung getragen - mit erfreulicher Resonanz.



Rückblick auf das Jahr 2010

„Halbzeit“ für den amtierenden Bundesvorstand

Für den amtierenden Bundesvorstand ist „Halbzeit“ - eine gute Gelegenheit, seine Arbeit innerhalb der vergangenen 12 Monate zu beleuchten, sowohl Erfolge als auch Misserfolge.

Der Start des am 10. Oktober 2009 gewählten Bundesvorstandes, der sich aus 11 Mitgliedern zusammensetzte – vier im Präsidium, ein Mitglied im erweiterten Präsidium und sechs Beisitzer/innen – stand unter keinem guten Stern. Zwei gewählte „Newcomer im Parteibusiness“ waren mit Parteiengesetz, Satzung und Geschäftsordnung sowie mit den Arbeitsabläufen und Strukturen in einem Parteivorstand so wenig vertraut, dass es zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen kam, welche die Arbeit des Vorstandes für eine kurze Zeit extrem belastete. Zum Glück legten die beiden Neulinge nicht einmal vier Wochen nach ihrer Wahl in den Bundesvorstand ihre Ämter nieder und es kehrte wieder Harmonie ein, sodass man zielstrebig die verschiedenen Vorhaben abarbeiten konnte.

Die Gestaltung des viel diskutierten neuen Partei-Logos fand kurze Zeit danach ihren Abschluss und der Regenbogen mit weißem oder blauem Hintergrund konnte endlich das vorherige Logo ablösen. Seitdem ziert es die neu angeschafften Info-Stände, Partei-Fahnen, ins Auge fallende „Beach-Flags“, T-Shirts, Visitenkarten, unsere Broschüren und Themenfaltblätter sowie Plakate und sonstiges Werbe- und Informationsmaterial unserer Partei. Das meiste davon konnte fristgerecht zur Landtagswahlwahl in NRW am 09. Mai 2010, die in enger Kooperation

von Bundesvorstand und Landesvorstand NRW erfolgreich durchgeführt wurde, zum Einsatz kommen. Das Ergebnis unserer Arbeit: 48 047 Wähler/innen gaben uns ihre Zweitstimme und 5 045 ihre Erststimme unseren sieben Direktkandidat/innen.

Gleichzeitig wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für die Homepages der Lan-



desverbände begonnen, Sie orientieren sich im Grundsätzlichen an der Bundeshomepage, was dem Ziel der „corporate identity“ – der Einheitlichkeit dient. Im Verlauf des Jahres wurden die jeweiligen „Arbeitsplattformen“ installiert, um dort Details - landesspezifische Besonderheiten - einzufügen. Als erste Landeshomepage gingen die NRW-Seiten zu Beginn der heißen Wahlkampfphase online, als zweite die Web-Seiten des Landesverbandes Rheinland-

Pfalz. Mittlerweile wird auf weiteren sieben „Arbeitsplattformen“ der Landesverbände von Bayern, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Brandenburg und dem Kreisverband Delmenhorst - Wesermarsch - Oldenburg-Land das Projekt „einheitliche Homepages“ vorangetrieben. Auch die Synchronisationsarbeiten für den Film „MEAT THE TRUTH“ liefen in dieser Zeit auf Hochtouren und wurden Mitte des Jahres zum Abschluss gebracht.

Anfang des Jahres arbeiteten die Bundeschatzmeisterin und ihr Stellvertreter zusammen mit dem Bundesvorsitzenden unsere neue Finanzordnung aus, die auf dem Frühjahrsparteitag beschlossen wurde – ein „Meilenstein“ in der Arbeit des neuen Vorstandes. Auf diesem Bundesparteitag wurde auch der bekannten Schauspielerin und Buchautorin, Barbara Rütting, die MUT-Medaille verliehen.

Auch der weitere Verlauf des Jahres war gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Aktivitäten. Besonders erwähnenswert waren dabei unsere Plakat-Aktion zum Schutz des Thunfisches auf sämtlichen sechs Bodensee-Fähren, die Wahl neuer Landesvorstände in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hamburg, unsere Teilnahme beim Kirchentag Mensch und Tier in Dortmund, wo MEAT THE TRUTH Deutschlandpremiere hatte, und unser diesjähriges „Highlight“, die gelungene Parteiveranstaltung im Crowne Plaza Hotel in Hannover mit dem weltbekannten Tier- und Meeresschützer Captain Paul Watson, dem Gründer der Sea Shepherd Conservation Society, zu der über 200 Besucher aus ganz Deutschland anreisten.

Erfreulicherweise gelang es dem Bundesvorstand auch, die Gruppe „Pro iure animalis“ als ersten offiziellen Kooperationspartner unserer Partei sowie viele kompetente Neumitglieder für verschiedene Landesverbände zu gewinnen. Die erste „Halbzeit“ endete mit dem Bundesparteitag am 16. Oktober 2010, der in einer entspannten und harmonischen Atmosphäre verlief.

Dies waren einige Beispiele der vielfältigen Aktivitäten der vergangenen ersten Amtsperiode des amtierenden Bundesvorstandes. Wir haben viel geschafft, aber es gibt noch viel zu tun!

Margret Giese/Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Rechtzeitig zu Weihnachten:

„Die Tierbrüder“ sind wieder da!

Manchmal „verschwinden“ Bücher - einfach so. Sie werden nicht mehr gedruckt, weil kein Verlag das Risiko auf sich nehmen will, damit finanzielle Verluste zu erleiden oder weil die Veröffentlichungsrechte schwer oder gar nicht zu bekommen sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Autor oder die Autorin nicht mehr lebt und niemand da ist, der sich um eine Veröffentlichung kümmert.

So wäre es auch fast meinem Lieblingsbuch, „Die Tierbrüder“ von Edgar Kupfer-Koberwitz, ergangen, wenn sich da nicht Zwei zusammengetan hätten, die das Buch quasi gerettet und wieder zum Leben erweckt haben: der Höcker Verlag und die Partei Mensch Umwelt Tierschutz. Das Buch „Die Tierbrüder“ wurde zuletzt im Jahre 1994 im Hirthammer Verlag herausgegeben, erschien aber schon kurz nach dem zweiten Weltkrieg auch in anderen Verlagen. Seit geraumer Zeit war es dann vergriffen.

Für mich bedeutet dieses Buch etwas ganz Besonderes, und deshalb habe ich mich auch intensiv darum bemüht, die Lizenz für einen Neudruck zu erwerben. Es ist für mich deshalb etwas so Wichtiges, weil es vor über 25 Jahren der letzte und entscheidende Auslöser dafür war, dass ich Vegetarier wurde. Ich hatte es während einer einwöchigen Fastenkur gelesen, in der ich mit meinem „inneren Schweinehund“ darum zu kämpfen hatte, ob ich nun auf das von mir damals so geliebte Fleisch verzichten sollte oder nicht. Die Fleischfresserei war in mir zum damaligen Zeitpunkt fest verwurzelt. Ich konnte mir ein Weihnachtsfest ohne Puter oder ein Grillfest ohne Steak und Tierwürste nicht vorstellen. In Griechenland am Wasser sitzen und gebackenen Fisch zu essen, war für mich das Schönste, was ich mir kulinarisch vorstellen konnte. Ich habe sogar selbst geangelt!

Seit meiner Kindheit bin ich ein Tier-

freund - was man eben so darunter versteht. Bis zu meinem 32. Lebensjahr war ich allerdings ein ziemlich schlimmer Freund, nämlich einer, der Genuss daran fand, seine Freunde zu essen, getrieben von einem sozialen Umfeld, welches dasselbe tat, aus Unachtsamkeit und irgendwie aus einer dumpfen „Benommenheit“. Nachdem ich Vegetarier geworden war, konnte ich nicht mehr begreifen, was die Menschen dazu bringt, ihren Verstand und ihr Mitgefühl vollkommen auszuschalten und etwas zu tun, was jeglicher Ethik widerspricht - etwas ganz Ungeheuerliches, etwas, das die einfachsten Regeln bricht.

Die „Benommenheit“ der Menschen entlarvt Edgar Kupfer-Koberwitz in seinem Buch und zeigt uns mit nüchternen Worten die Realität. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen: Seine Worte sind der größte Weckruf aller Zeiten! Er klagt seine Leser nicht an, er rüttelt sie vielmehr wach, und zwar so, dass sie froh sind, dieser inneren Benommenheit entkommen zu sein. Man erkennt, wie vollkommen geistesgestört diese Welt ist! Das Irre wird für normal gehalten, und wer normal ist, wird ausgegrenzt oder bemitleidet. Man erkennt, dass diese Welt auf

dem Kopf steht und dass man sie zurück auf die Füße stellen muss.

Edgar Kupfer-Koberwitz musste mehr als vier Jahre unter den Nazis im KZ Dachau verbringen. Dort hat er selbst so viel Leid erfahren, dass er die tiefsten Abgründe des Daseins aus eigenem Erleben kennenlernte. Wohl deshalb sind seine Schilderungen auch so authentisch und fesselnd.

Ich bin der festen Überzeugung, dass alle Leserinnen und Leser dieses Buch als eine echte Bereicherung ansehen und dass niemand durch den Inhalt - trotz der geschilderten Grausamkeiten - vom Lesen abgeschreckt wird. Es ist eine unaufdringliche Möglichkeit, andere Menschen durch das Geschenk dieses Buches aufzuwecken und zu Vegetariern oder sogar

zu Veganern zu machen. Gerade das Weihnachtsfest bietet sich dafür an, es weiterzureichen.

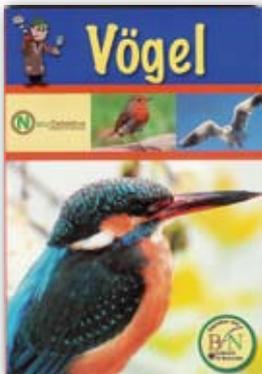
Mein Dank gilt der Partei Mensch Umwelt Tierschutz und Stefan Bernhard Eck für die unkomplizierte Kooperation! Ohne die Partei gäbe es das Buch „Die Tierbrüder“ heute nicht mehr. Es wäre wahrscheinlich für immer vergessen.

Bernd Höcker

Redaktion ZEITENWENDE



Literaturempfehlungen



Greta Steenbock
Vögel

Auf diesen Naturführer mit vielen Fotografien – empfohlen vom „Bundesamt für Naturschutz“ – bin ich im Supermarkt aufmerksam geworden. In dem Buch, geeignet für Kinder ab 6 Jahren aufwärts, werden fast 60 heimische Vogelarten und deren Lebensräume vorgestellt. Die Lektüre verdeutlicht, dass wir oft nur einen kleinen Schritt gehen müssen, um Tiere zu schützen. Gerade Vögel, die vor der eigenen Haustür leben, sind auf unsere Hilfe angewiesen. Da sie in der Natur, durch den Eingriff des Menschen, ihre idealen Lebensbedingungen verloren haben, werden dem Leser viele Beispiele an die Hand gegeben, um für ihr Wohlbefinden zu sorgen: Damit sich unterschiedlichste Vogelarten im Garten ansiedeln, sollten sich möglichst viele einheimische Sträucher und Obstbäume darin befinden. Vögel lieben Kletterpflanzen an Mauern und Gebäuden, weil sie darin ihre Nester bauen können; natürlich beziehen sie auch gerne Nistkästen. Eine Wildblumenwiese sollte auch nicht fehlen, weil die Vögel dort Samen und kleine Tiere für sich und ihren Nachwuchs finden. Sand- und Wasserstellen sind purer Luxus für sie! Laub sollte man im Herbst nicht einfach entsorgen, sondern unter die Büsche kehren. Hier finden Vögel Futter oder Igel richten hier ihr Winterquartier ein.

Die Autorin geht auch auf die erstaunlichen Leistungen von Vögeln ein. Wissen Sie z.B., dass Küstenseeschwalben die längsten Zugstrecken in der Vogelwelt zurücklegen? Sie bewältigen auf dem Weg zwischen den arktischen Brutplätzen und den antarktischen Überwinterungsgebieten zwischen 35 000 bis 40 000 Kilometer. Nicht nur Eisbären, Haie oder Nashörner sind vom Aussterben bedroht, auch viele heimische Vogelarten wie z.B. Auerhühner. Sie teilen das gleiche Schicksal wie die Medien-umworbenen Großtiere. Besorgniserregend ist auch der Bestandsrückgang von Spatzen. Das Buch macht deutlich, dass nur derjenige, der sich informiert, auch vor Ort helfen kann, weil das zunehmende Artensterben nicht nur in weiter Ferne voranschreitet. *Sabine Jedzig*

Redaktion ZEITENWENDE

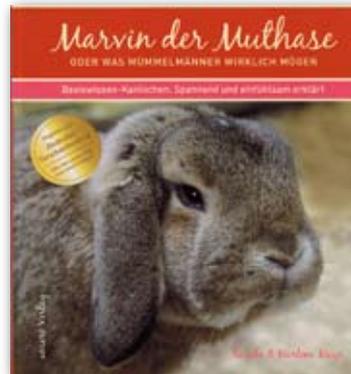
Greta Steenbock:

Vögel

Sonderausgabe, 80 Seiten

ISBN 978-3-8174-7710-4

Preis im Supermarkt: 2,99 Euro



Angela & Marlene Mayr
**Marvin der Muthase
oder Was Mümmel-
männer wirklich
mögen**

Das 64 Seiten umfassende Buch ist eigentlich ein Kinderbuch, aber auch Erwachsene werden ihre Freude daran haben, denn es enthält neben lustigen, von Kindern gezeichneten Illustrationen eine Vielzahl von wunderschönen Fotografien aus dem bewegten Leben von Marvin, seiner Lebensgefährtin Vallery und ihren gemeinsamen Freunden.

In dem Buch, das vom Deutschen Tierschutzbund empfohlen wird, erzählt uns Marvin mit einfühlsamer Sprache seine Lebensgeschichte und die der Kaninchendame Vallery, seiner großen Liebe. Durch diese herzerfrischende Beschreibung wird darüber hinaus dem Leser ein umfangreiches Basiswissen über Kaninchenhaltung im Wohnbereich und im Freigehege vermittelt. Bei der Lektüre lernt man ganz nebenbei, was diese friedfertigen Tiere wirklich brauchen und wie wir Menschen ihr Vertrauen nach und nach gewinnen können.

Marvin berichtet uns über seine Zeit, in der die Wohnräume von Menschen sein neues Zuhause waren und über seine exklusive Kaninchenvilla mit eigenem Garten, Buddelstelle und Panoramablick in einem Freigehege. Sein Leben war nicht immer so luxuriös gewesen, da er als „Osterhase“ ins Tierheim abgeschoben wurde und das „große Los“ erst mit seiner neuen Pflegefamilie gezogen hatte. Marvin dankte es ihnen damit, dass er sich zu einem wahren Muthasen entwickelte; er widerlegte durch seine Neugier und seine Freundschaft zu Pferden, Hunden, Katzen, Enten und Hühnern und zur Freude seiner menschlichen Freunde die alte Mär vom „Angsthasen“.

Nachdem ich das Buch gelesen hatte, verschwand es nicht im Bücherschrank; es liegt griffbereit in meinem Büro, weil ich immer darin blättere, wenn ich mir die Frage stelle, ob sich der unmenschliche Stress überhaupt lohnt, der meine Arbeit als Parteivorsitzender mit sich bringt. Er lohnt sich...

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZEITENWENDE

Angela & Marlene Mayr:

Marvin der Muthase

oder was Mümmelmänner wirklich mögen

Amaro Verlag, Erstausgabe 2008

ISBN 978-3-00-024437-7

Preis: 14,90 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Tierschutzpartei -

Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel.: 069/76 80 96 59
Fax: 069/76 80 96 63
info@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung:

Margret Giese, Stefan B. Eck
Postanschrift: Stefan B. Eck
Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken
zeitenwende@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam:

Volker Arndt, Julius Berrien, Christine Engelschall, Franziska Ute Gerhardt, Harry Harper, Bernd Höcker, Sabine Jedzig, Bettina Jung, Sara Kaute, Ingeborg Mauler, Barbara Nauheimer, Sabine-Brigitte Pankau, Michael Siethoff, Horst Wester

Satz, Layout:

Claudia Carius/www.claudiacarius.de

Druck und Vertrieb:

Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 1300 Exemplare
Erscheinungsweise: 3 Mal jährlich

Bank: LB Baden-Württemberg,
BLZ: 600 501 01, Konto: 4286 088

Rechtliches: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Wir behalten uns die Kürzung/Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch unsere Beiträge zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Alle Rechte vorbehalten.

Redaktionsschluss: 15. März 2011

Unsere Restaurant-Empfehlung Indisches in Wiesbaden: Restaurant Zimt & Koriander

„Die vegetarische Küche hat in Indien seit mehreren tausend Jahren ihren festen Platz“, sagt Inhaber Pavan Sharma, ein Koch mit Auszeichnung. „Ich verwende nur frisches Gemüse und Hülsenfrüchte als Proteinquellen mit geringem Fettgehalt. Zum Braten werden Soja-, Mais-, Rapsöl oder Ghee verwendet. Wenn etwas gekocht oder gedämpft wird, dann so kurz wie möglich.“ Und alles ist indisch, bis hin zu den Getränken, basierend auf der Ayurveda-Ernährungslehre. Gewürzt



wird nur mit Kräutern, auf Salz wird gänzlich verzichtet. Auf Bestellung organisiert Pavan Sharma sogar Events mit Vorträgen und Live-Musik. Für Feierlichkeiten außerhalb steht er mit seinem Partyservice zur Verfügung. Neben Wickeltisch und Spielecke für Kinder, lädt eine Bücherauswahl zum Schmökern ein. Der Chef merkt noch an: „Die Speisekarte wechselt alle zwei Wochen. Und außerdem ist dies das einzige indisch-vegetarische Restaurant im ganzen Rhein-Main-Gebiet, schon seit über drei Jahren hier im Wiesbadener Innenstadtbereich.“

Volker Arndt

Redaktion ZEITENWENDE

Zimt & Koriander

Seerobenstr. 1, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611 - 1717297, Öffnungszeiten: Mo. bis Fr. 11 - 15 u. 17 - 22 Uhr; Sa., So. u. an Feiertagen 12 - 15 u. 17 - 22 Uhr; Dienstag ist Ruhetag

Das vegane Rezept Veganer Weihnachtsstollen

Wie soll ein Stollen schmecken, ein veganer Weihnachtsstollen, der so ganz ohne Butter, Butterschmalz und Milch zubereitet wird? Geht das überhaupt? Haben Sie sich soeben auch diese Frage gestellt? Nun denn, lüften wir das geschmackliche Geheimnis mit dem Testergebnis meiner Familie. Beispielsweise mein Vater: „Der Stollen schmeckt fantastisch und hält einen Vergleich mit dem herkömmlichen Stollen durchaus stand!“ Ich schließe mich als verwöhnte Weihnachtsstollen-Genießerin mit gutem Gewissen seiner Meinung an. Der Stollen ist einfach super!

Zutaten:

500 g Mehl, Type 1050
1 Päckchen Trockenhefe
100 g Rohrohrzucker, je 2 Messerspitzen Salz, Kardamom, Muskatblüte
1 Teel. abgerieb. Zitronenschale/ungespritzt
200 g weiche Margarine
150 ml warmer Sojadrink
150 g Sultaninen, 75 g Korinthen
50 g Zitronat
100 g gehackte Mandeln

Zubereitung: Die Zutaten gründlich verkneten und in einer zugedeckten Schüssel an einem warmen Ort aufgehen lassen, bis sich die Teigmasse verdoppelt hat. Dann die Trockenfrüchte und die Mandeln unterkneten. Einen Stollen formen, auf ein gefettetes Backblech legen, im Ofen bei 50° C noch einmal gehen lassen. Bei 180° C ca. 60 Minuten backen. Den Stollen sofort nach dem Backen mit zerlassener Margarine bestreichen und mit Puderzucker bestäuben. Wichtig: Ein Hefeteig gelingt nur, wenn alle Zutaten nicht zu kalt sind, also Raumtemperatur haben.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE



Leser/innenbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leser/innenbriefe zu kürzen.

„Leiden für fragwürdige Schönheitsideale“ (ZeitenWENDE Ausgabe 39)

Großes Lob für die um vier Seiten erweiterte letzte Ausgabe der Zeitenwende. Geradezu ins Auge gesprungen ist mir der Beitrag über Qualzuchtungen bei Heimtieren von Margret Giese, weil ich selbst ein Lied davon singen kann.

Vor vier Jahren wusste ich nicht einmal, was der Begriff „Qualzuchtungen“ bedeutet, und so kaufte ich mit gutem Gewissen für meine Enkelkinder bei einem Züchter eine französische Bulldogge. Das Welpenalter und das erste Jahr verliefen ohne Komplikationen, und wir hatten viel Freude mit dem schwarzen Hündchen, den alle Familienmitglieder gleich ins Herz schlossen. Im zweiten Jahr fingen die Probleme an: kleine Geschwülste an Pfoten und Bauchdecke und eine Allergie gegen verschiedene Futtermittel. Besonders auffallend war auch seine zunehmende Kurzatmigkeit, die mit Sicherheit eine Folge des verkürzt gezüchteten Nasenbeins ist. Der Hund musste immer wieder ärztlich behandelt werden, wobei inzwischen auch ein Bandscheibenleiden diagnostiziert wurde. Ich hoffe für den kleinen schwarzen „Racker“ und für die ganze Familie, dass er - einigermaßen schmerzfrei - seine ihm noch verbleibende Le-

benszeit genießen kann. Wir tun unser Möglichstes dafür. Mir ist mittlerweile bewusst geworden, dass der Kauf von Heimtieren aus Qualzuchtungen nichts anderes bedeutet, als einer grausamen Tierquälerei Vorschub zu leisten. Man lernt eben niemals aus...
(Ingeborg Conrad, Saarbrücken-Fechingen)

„Brandanschlag“ (ZeitenWENDE Ausgabe 38)

Bekanntermaßen sind die meisten Gesetze so abgefasst, dass den Ausbeutern jeglicher Couleur in die Hände gearbeitet wird. Wenn man dagegen verstößt, ist dies nicht legal - gleichwohl kann es legitim sein, im Sinne von „gerechtfertigt“. Letzteres ist meiner Meinung nach beim Sprötzer Brandanschlag der Fall. Wenn das Leben Tausender Tiere auf dem Spiel steht, gilt das Wort „Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.

Aktuell versucht man, das Übel der ungehemmten Ausbreitung von Mastanlagen an der Wurzel anzugehen und richtet einen dringenden Appell an den Gesetzgeber, weiteren Genehmigungen von Agrarfabriken im Außenbereich der Gemeinden durch ein Bauverbot Grenzen zu setzen.

(Harald Piltz, Braunschweig)

Anzeige



Schöne Haut und weiße Wäsche ohne Tierleid

Sich und anderen etwas Gutes tun

Der Begriff tierversuchsfrei ist oft Augenwischerei, denn trotz einer neuen EU-Richtlinie seit März 2009 besteht bei Tierversuchen für kosmetische Produkte sowie für verschiedene Wasch- und Pflegemittel immer noch ein Schlupfloch, von dem leider nur die wenigsten Verbraucher/innen Kenntnis haben. Zur Prüfung von Rohstoffen werden nämlich nach wie vor Tierversuche durchgeführt, wenn diese nicht nur in Kosmetika, sondern auch in anderen Produkten Verwendung finden. Leider gibt es jedoch kaum eine Substanz, die nur für den kosmetischen Bereich entwickelt und zugelassen wird. Somit muss man davon ausgehen, dass auch zukünftig neu entwickelte Inhaltsstoffe für Kosmetikprodukte im Tierversuch getestet werden.

Trotzdem braucht man auf schöne Haut und weiße Wäsche nicht zu verzichten, da es zum Glück bereits viele Firmen gibt, die nur Kosmetikprodukte vertreiben, die den strengen Richtlinien der Positivliste des Deutschen Tierschutzbundes genügen.

Auch die Firma Animal Shield vertreibt ausschließlich

Produkte zur Körperpflege für Damen und Herren sowie Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel, die diesen strengen Richtlinien entsprechen. Da das Sortiment von Animal Shield ohne die „chemische Keule“ auskommt, tun Sie nicht nur etwas für Ihr persönliches Wohlbefinden und Ihre Gesundheit, sondern schützen darüber hinaus auch wehrlose Tiere. Fordern Sie unseren Katalog unverbindlich an oder schauen Sie doch einmal auf unsere Web-Seite: www.animalshield.de Mit dem Kauf unsere Produkte helfen Sie persönlich mit, dass die Zahl der grausamen Tierversuche nicht weiter ansteigt und diese Tierquälerei vielleicht eines Tages abgeschafft wird. Ein afrikanisches Sprichwort sagt: „Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, werden das Antlitz dieser Welt verändern.“

Ich wünsche Ihnen ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihre Gundi Broda

(Mitglied der Partei Mensch Umwelt Tierschutz)



**Katalog
kostenlos**

Kosmetik,
Spagyrische Kosmetik
Wasch-, Putz-
und Reinigungsmittel
ohne Tierversuche *
*streng nach den Richtlinien
des
Deutschen Tierschutzbundes
52382 Niederzier, Kirchstr.33
Tel.02428-905735
email: animalshield@gmx.de

Anzeige

In eigener Sache

Professionelle Parteiarbeit kostet Geld!



Liebe Parteimitglieder,

unsere Partei hat innerhalb der letzten zwölf Monate einen gewaltigen Professionalitätssprung in der Außendarstellung vollzogen. Neue Info-Stände, Transparente und T-Shirts mit unserem Partei-Logo wurden angeschafft, eine Vielzahl von Themen-Faltblättern gedruckt und mehrere kostspielige Parteiveranstaltungen durchgeführt. Dies war, wie Sie sich sicher vorstellen können, nicht nur mit erheblicher Arbeit für die Mitglieder des Bundesvorstandes verbunden, sondern auch mit Kosten. Wenn wir weiterhin professionell arbeiten und unseren eingeschlagenen Kurs beibehalten wollen, bedarf es der finanziellen Unterstützung durch alle unsere Mitglieder.

Wir können selbstverständlich verstehen, dass viele Parteimitglieder auch verschiedene Tierschutzorganisationen unterstützen, aber es muss Ihnen klar sein, dass nur durch entsprechende Gesetze das Leiden der Tiere abgeschafft werden kann. Unsere Partei muss also wachsen, und dazu ist eine professionelle Präsentation in der Öffentlichkeit unumgänglich. Daran arbeiten wir seit geraumer Zeit, aber wir können diese Arbeit nur erfolgreich weiterführen, wenn unserer Partei in dieser schwierigen Reformphase nicht die „finanzielle Puste“ ausgeht.

Vieles ist teurer geworden, wie z. B. die Verwaltung, Repräsentation und Parteiveranstaltungen. Dies alles zehrt an den finanziellen Ressourcen. Es sind aber notwendige und sinnvolle Aufwendungen, wenn wir vorankommen wollen. Wir haben dieses Jahr am Kirchentag Mensch und Tier in Dortmund teilgenommen und in Hannover einen Informationsabend mit dem weltbe-

kannten Gründer von Sea Shepherd, Captain Paul Watson, organisiert. Nicht zu vergessen, die zahllosen Info-Stände, welche von den einzelnen Landesverbänden veranstaltet wurden.

Ich bitte Sie deshalb, uns noch in diesem Jahr durch Ihre Spende zu unterstützen.

Nebenbei bemerkt: Parteispenden rentieren sich auch für Sie, denn sie sind in besonderer Weise steuerlich absetzbar. Bei Alleinstehenden vermindert sich die Steuerlast bei einer Spende bis 1650 Euro um 50 Prozent des gespendeten Betrages – also bis maximal 825 Euro, die direkt von der zu zahlenden Steuer abgezogen werden können. Jeder Betrag oberhalb von 1650 Euro (bis maximal 3300 Euro) vermindert die Steuerlast dem persönlichen Steuersatz entsprechend zwischen 18 und 42 Prozent.

Ehepaare, die bis zu 3300 Euro spenden, können dementsprechend maximal 1650 Euro direkt von ihrer Steuerlast abziehen. Jeder Betrag oberhalb von 3300 Euro (bis maximal 6600 Euro) vermindert die Steuerlast - wie bei Alleinveranlagten - dem persönlichen Steuersatz entsprechend zwischen 18 und 42 Prozent. Zu beachten ist aber, dass ein Ehepartner unter seinem Namen nicht mehr als 3300 Euro spenden sollte; Beträge darüber müssen unter dem Namen des anderen Ehepartners gespendet werden, um eine maximale Steuerverminderung auszuschöpfen.

Wichtig zu wissen: Unsere Partei erhält für jede Ihrer Spenden nochmals den gleichen Betrag als staatliche Mittel gemäß dem Parteienfinanzierungsgesetz.

Vielen Dank im Voraus...

Ihre Christine Engelschall
(Bundesschatzmeisterin)



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

im Namen des Bundesvorstandes und der Landesvorstände danken wir Ihnen dafür, dass Sie unserer Partei die Treue gehalten haben.

Wir danken an dieser Stelle auch all jenen Mitgliedern für ihren Einsatz, die sich in diesem Jahr aktiv an der Parteiarbeit beteiligten – bei winterlicher Kälte oder strömendem Regen, bei sommerlicher Hitze und gleißender Sonne.

Wir wünschen Ihnen stellvertretend für unsere Vorstandskolleginnen und Vorstandskollegen ein frohes Fest und alles Gute für das kommende Jahr!

Stefan Bernhard Eck
(Bundvorsitzender)

Margret Giese
(stellv. Bundvorsitzende)



Foto: aboutpixel.de / Maus © cbmz

„Die Menschen müssen begreifen, dass sie das gefährlichste Ungeziefer sind, das je die Erde bevölkert hat.“

Friedensreich Hundertwasser (1928 bis 2000), österreichischer Künstler, der u. a. durch seine bunte, unkonventionelle Häuser-Gestaltung bekannt wurde.

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

Riesenerfolg für „Lebendrupf-Kampagne“

Vor vier Monaten startete VIER PFOTEN die Kampagne gegen den Lebendrupf von Gänsen in Polen, pünktlich zur Rupfsaison. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Etwa fünf Millionen Tieren blieb dadurch grausamste Quälerei erspart, da die meisten Produzenten gegenüber VIER PFOTEN einwilligten, Kontrollen zuzulassen. Der polnische Geflügelzüchter-Verband KRK verbot seinen Mitgliedern den Lebendrupf von „Fleischgänsen“.

(Quelle: Homepage/www.vier-pfoten.de/06.10.2010)

Keine Mastanlage für Hähnchen in Rullstorf

Die geplante Hähnchenmastanlage für 84 000 Tiere in der Gemarkung Rullstorf ist vom Tisch. Der Landwirt, der den Bau zweier Ställe für jeweils 42 000 Junghühner erwogen hatte, ist laut der Sprecherin des Landkreises Lüneburg aufgrund des öffentlichen Drucks gegen das Projekt von seinem Vorhaben abgerückt.

(Quelle: Homepage/www.abendblatt.de/14.09.2010)

Mc Donald's hält Wort: Schluss mit „Kastratenburger“!

Der Fastfood-Riese Mc Donald's verpflichtet seine Zulieferer, ganz auf Kastratenfleisch zu verzichten. Auf eine Kampagne von PROVEIH hatte das Unternehmen bereits 2009 angekündigt, sein Schweinefleisch ab dem 01.01.2011 nur noch von Betrieben zu beziehen, in denen keine Ferkel mehr kastriert werden.

(Quelle: Pressemitteilung PROVEIH/05.11.2010)

Militärversuche an lebenden Tieren untersagt

Nach Plänen der US-Armee in Deutschland hätten auf dem Truppenübungsplatz in Grafenwöhr in der Oberpfalz Schweine und Ziegen verletzt werden sollen, um diese dann zu Übungszwecken im Rahmen der Sanitätsausbildung zu behandeln. Durch vehemente Proteste verschiedener Tierrechtsorganisationen hat die zuständige Genehmigungsbehörde, die Regierung der Oberpfalz, den Amerikanern das Vorhaben untersagt, da die Experimente gegen das Tierschutzgesetz verstoßen.

(Quelle: TASSO-Newsletter/08.09.2010)

46 000 Unterschriften für die deutsche Sprache

Am 09.11.2010 hat Bundespräsident Norbert Lammert (CDU) rund 46.000 Unterschriften entgegengenommen, mit denen die Forderung erhoben wurde, die deutsche Sprache als das „einigende Band unserer Nation“ und als Schlüssel zur Integration im Grundgesetz zu verankern.

(Quelle: Freie Presse/10.11.2010)

Abwasserverbot für Ostsee beschlossen

Aufatmen an der Ostsee: Kreuzfahrtschiffe und Fähren dürfen ab 2013 keine unzureichend gereinigten Abwässer mehr in die Ostsee einleiten. Dies beschloss die IMO (International Maritime Organisation) während der Sitzung des Umweltausschusses in London und gab damit dem Antrag der Ostseeanrainerstaaten statt. Für Schiffsneubauten tritt das Verbot ab 2013 in Kraft; ab 2018 gilt es ostseeweit für alle Passagierschiffe, wenn geeignete Entsorgungsanlagen in den Häfen verfügbar sind. Gleichzeitig werden erstmals Grenzwerte für Nitrat- und Phosphoreinleitungen aus Schiffskläranlagen festgelegt.

(Quelle: Tierschutznews/05.10.2010)

Theologe: Billigfleisch ist unchristlich

Selten äußern sich Theologen zum Thema Tierschutz. Rainer Hagencord tut es. „Wer als Christ seinen Glauben ernst nimmt, kauft kein Billigfleisch“, so der Leiter des Instituts für Zoologische Theologie in Münster in einem Presse-Interview. Aus Anlass des Welttierschutztages forderte der Biologe und Priester eine neue Sichtweise im Mensch/Tier-Verhältnis, die den Menschen mehr in Verantwortung nimmt. „Die Ernährungsfrage gehört zu den drängendsten Problemen der Gegenwart. Wenn wir in der Ersten Welt weiter so viel Fleisch essen, nimmt die Verelendung der Dritten Welt immer weiter zu. Die Kirchen haben hier eine prophetische Aufgabe, erfüllen diese aber noch kaum“, kritisiert der Experte.

(Quelle: Tierschutznews/05.10.2010)

Dazu unsere Meinung: Wir begrüßen es, dass sich auch einige Theologen dem Thema „Tiere“ annähern und Stellung beziehen. Wir kritisieren aber ausdrücklich, dass EKD, Deutsche Bischofskonferenz und der Vatikan sich nach wie vor weigern, das Gebot „Du sollst nicht töten“ in Bezug auf Tiere ablehnen und in ihrem anthropozentrischen Weltbild verharren.

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++